



Commune de B E R T R A N G E

BULL ETIN

03/24

ANNA by Laura Arend | 07.06.2024

@ ArcA

Début: 20.00 heures

Tickets: www.luxembourgticket.lu

**BARTRENG BEWEEGT SECH & NUIT
DU SPORT | 08.06.2024**

@ Centre Atert

18.00 – 21.00 heures

**SMARTPHONE CAFÉ MAT GOLDENME
A MAM JUGENDHAUS VU
BARTRENG | 08.06.2024**

@Café-Restaurant Bureck

14.00 – 17.00 heures

BICHERBUS | 12.06.2024

Bibliothèque sur roues

@ rue Atert, 10.30 – 11.20 Auer

AGENDA

BABBELTREFF | 13.06.2024

@Maison Schauwenburg
Début: 19.00 heures

Veuillez confirmer votre présence : babbeltreff@bertrange.lu
Délai d'inscription : le mercredi précédant le Babbeltreff

EXPO SALON 2024 - VERNISSAGE | 14.06.2024

@Maison Schauwenburg
Organisation: Groupement Art Populaire Bertrange
Début: 19.30 heures

OPEN BARtreng | 14.06.2024

@Centre Atert
Organisation: Volley Bartreng

FAMILYDAY | 15.06.2024

@Parc Central
11.00 – 20.00 heures





Commune de
BERTRANGE

BERICHT ÜBER DIE GEMEINDERATSSITZUNG

VOM 22. MÄRZ 2024 UM 08.30 UHR

Anwesend:

DP

Monique SMIT-THIJS (Bürgermeister)
Youri DE SMET (Schöffe)
Frank COLABIANCHI (Schöffe)
Frank DEMUYSER (Rat)
Marc LANG (Rat)
Francine MORO (Rätin)
Max AREND (Rat)

CSV

Nadine SCHARES (Rätin)
Guy WEIRICH (Rat)
Marc RAUCHS (Rat)

LSAP

Yolande SCHUSTER (Rätin)

déi gréng

Roger MILLER (Rat)
Gabriella DAMJANOVIC (Rätin)

Georges FRANCK (Gemeindesekretär)

Tagesordnung

In öffentlicher Sitzung:

01. | Genehmigung der Tagesordnung

02. | Personalwesen
 - A. SEA: Kündigung eines Gemeindeangestellten
 - B. Gemeindepersonal: Beförderung eines Gemeindebeamten

03. | Informationen und Korrespondenz

04. | Verträge und notarielle Akte
 - A. Vertrag über die Bereitstellung von Standorten für die Einrichtung von Ladeinfrastrukturen für Elektro- und Hybridfahrzeuge: Genehmigung
 - B. Mietverträge, die im Rahmen des Gesetzes über bezahlbares Wohnen geschlossen wurden: Genehmigung
 - C. Übertragungsurkunde des Staates Luxemburg – rue de Luxembourg: Genehmigung
 - D. Ergänzungen zu den Bereitstellungsverträgen – FLEX: Genehmigung

05. | Stadtplanung
 - A. Punktuelle Änderung des Teilbebauungsplans „Pourpelt“: Genehmigung
 - B. Zusammenlegung zweier Parzellen in ein Los, rue Alphonse Munchen: Genehmigung

06. | Projekte
 - A. Neugestaltung der rue de Leudelange: Genehmigung der Abrechnung
07. | Verordnungen
 - A. Änderung der Verordnung zur Festlegung der Bedingungen für die Teilnahme an Erwachsenenkursen und des Einschreiberechts
 - B. Verordnung über die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Charta für nachhaltige Entwicklung von Vereinen
 - C. Verordnung über die Beteiligung der Bürger der Gemeinde Bartringen am partizipativen Haushalt
 - D. Anpassung der Gebührenverordnung des Entsorgungsdienstes
 - E. Änderung der Verordnung über die Gewährung eines kommunalen Zuschusses für Fahrzeuge
 - F. Anpassung der internen Verordnung des SEA

08. | Les Centres pour Personnes Agées
 - A. Genehmigung der Verwaltungskonten des Jahres 2022

09. | Gemeindepersonal
 - A. Schaffung eines Postens für einen Gemeindebeamten

10. | Verkehr
 - A. Bestätigung von Notfall-Verkehrsregelungen

11. | Verschiedenes
 - A. Zur Kenntnisnahme der Statuten von lokalen Vereinigungen



In öffentlicher Sitzung:

01. Genehmigung der Tagesordnung

Bürgermeister Smit-Thijs begrüßt die Gemeinderäte im Versammlungsraum der Gemeinde und fragt, ob diese die Tagesordnung genehmigen.

Der Gemeinderat genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

02. Personalwesen

A. SEA: Kündigung eines Gemeindeangestellten

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

B. Gemeindepersonal: Beförderung eines Gemeindebeamten

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

In öffentlicher Sitzung:

03. Informationen und Korrespondenz

Bürgermeister Smit-Thijs informiert die Gemeinderäte darüber, dass in geschlossener Sitzung sowohl die Kündigung eines Gemeindeangestellten als auch die Beförderung eines Gemeindebeamten angenommen wurden.

Des Weiteren teilt Bürgermeister Smit-Thijs mit, dass:

- in den Centres pour Personnes Âgées 3 Mitglieder des Verwaltungsrates Ende 2022 aus diesem ausgetreten seien, 2 hätten sich der Wiederwahl gestellt. Am 22. Mai 2023 habe der Gemeinderat mit Marc Koppes, Fernand Fischer und Roswitha Dehmel 3 neue Mitglieder für 5 Jahre genannt. In der ersten Sitzung des Verwaltungsrates sei Marc Koppes als Präsident bestätigt worden, Vizepräsidentin sei Annie Pletgen-Schneider.
- die Statistiken des Rufbusdienstes Berti für Januar 2024 vorliegen. 1.150 Personen hätten diesen Dienst in Anspruch genommen, dies sei rund ein Drittel mehr als im Januar 2023, wohlwissend, dass man mittlerweile auch 2 Busse im Einsatz habe.
- man vom SICA das Zertifikat für 2023 erhalten habe. Aus diesem gehe hervor, wie die Gemeindeverwaltung die Mülltrennung gehandhabt habe.

- man auch die Zahlen der Superdreckskecht für die Gemeinde Bartringen erhalten habe. So seien zum Beispiel über 2.300 kg an Altöl entsorgt worden, sowie rund 14.400 kg an Farbstoffen.
- man die Statistiken des Flex Systems für 2023 erhalten habe. Hier habe man 1.830 Reservationen von rund 500 verschiedenen Nutzern zu verzeichnen. Diese Wagen werden im Schnitt rund 4 Stunden pro Reservation genutzt und es seien 67.500km zurückgelegt worden.

Die Einwohnerzahl beläuft sich auf den Tag auf 8.885 Personen.

Der Kassenstand beträgt 20 Millionen €.

04. Verträge und notarielle Akte

A. Vertrag über die Bereitstellung von Standorten für die Einrichtung von Ladeinfrastrukturen für Elektro- und Hybridfahrzeuge: Genehmigung

Bürgermeister Smit-Thijs führt aus, dass es sich bei diesem Punkt der Tagesordnung um die Bereitstellung von Standorten für zusätzliche Ladestationen handele. Das Projekt sei dem Gemeinderat in der Arbeitssitzung vom 16. Januar 2024 vorgestellt worden. Landesweit gebe es zurzeit 700 Ladestationen des Anbieters Chargy. Da im Moment keine zusätzlichen Ladestationen mehr von diesem Anbieter bezogen werden können, habe man sich nach einer Marktanalyse für die Firma SWIO, die zur Gruppe Losch gehört, entschieden. Die möglichen Standorte seien mit Creos abgeklärt worden. Die Gemeinde stelle die Standorte, sprich Parkplätze, sowie die Stromanschlüsse zur Verfügung, SWIO kümmere sich um die Errichtung, den Betrieb und die Bewirtschaftung der Ladestationen. Der Vertrag habe eine Laufdauer von 9 Jahren, pro Parkplatz zahle SWIO der Gemeinde 100 Euro im Jahr. Auf 5 Standorten werden gleich 2 sogenannte Duo-Ladestationen errichtet, was bedeutet, dass auf 9 Standorten insgesamt 28 neue Ladepunkte zur Verfügung stehen werden.

Rat Miller fragt nach, ob das System SWIO mit anderen Systemen wie zum Beispiel Chargy kompatibel sei. Da die Nutzer das Aufladen selbst bezahlen frage er sich zudem, wie die Preise im Vergleich zur Konkurrenz seien?

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass das System kompatibel sei. Preislich werde die Zeit zeigen, ob dieses von den Bewohnern angenommen werde. Für den Anbieter sei es natürlich wichtig, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis gut sei, damit das System auch genutzt werde, sonst hätte man das Ziel verfehlt.

Rat Weirich fragt nach, wo sich der Parkplatz in der rue de Dippach genau befinde.

Schöffe De Smet gibt an, dass dieser nicht in der rue de Dippach, sondern in der rue des Platanes sei.

Rätin Schares möchte wissen, ob SWIO der Gemeinde eine Pauschale von 100 Euro im Jahr zahle oder ob es 100 Euro pro Parkplatz im Jahr seien.

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass es 100 Euro pro Parkplatz im Jahr seien.

Schöffe De Smet kommt noch einmal auf das von Rat Miller gesagte zurück. Der Betrieb der Chargy-Ladestationen werde demnächst neu ausgeschrieben. Somit könne es nicht im Interesse von SWIO sein, einen zu hohen Tarif festzulegen, der im Vergleich zu anderen nicht konkurrenzfähig sei. Zudem



habe man die Möglichkeit, Dauerparker abzustrafen. Dies für den Fall, dass man sein Auto auflade und den Parkplatz nach der Aufladung blockiere. So wolle man verhindern, dass diese Parkplätze tagelang nicht für andere verfügbar seien.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

B. Mietverträge, die im Rahmen des Gesetzes über bezahlbares Wohnen geschlossen wurden: Genehmigung

Bürgermeister Smit-Thijs führt aus, dass es sich hier um 5 Mietverträge betreffend bezahlbares Wohnen handele. Seit dem 7. August 2023 sei ein neues Gesetz bezüglich bezahlbarem Wohnen in Kraft. Es sei nun alles gesetzlich geregelt und festgehalten worden und das bringe einige Änderungen mit sich. Die Mietverträge seien zum Beispiel jetzt nicht mehr zeitlich begrenzt. Das zuständige Ministerium gebe den Gemeinden außerdem ein Rechenmodell vor, nach dem entschieden werde, wer Anspruch auf eine solche Wohnung habe und wie hoch die zu entrichtende Miete sei. Eine weitere Änderung sei, das nicht mehr auf den Quadratmeter gerechnet werde. Kindergeld werde zur Bestimmung der Mietkosten mit einbezogen, jedoch nicht in der Berechnung, ob man Anspruch auf eine solche Wohnung habe. Aus dem Gesetz gehe auch deutlich hervor, dass ein Kind ab 12 Jahren ein eigenes Zimmer habe müsse, was bedeute, dass diese Familie dann, wenn möglich, in einer größeren Wohnung im nahen Umkreis untergebracht werden sollte. Man habe gemeinsam mit dem Sozialamt die vorhandene Liste und auch die aktuellen Mieter noch einmal überprüft um den adäquaten Mieter für jede Wohnung zu finden. Durch das neue Gesetz müsse man auch bestehende Mietverträge überarbeiten und die Mieten neu berechnen. Jedes Jahr könne man neu berechnen, ob die Mieten angepasst werden müssten und ob die Mieter noch Anspruch auf die gemietete Wohnung hätten. Die Gemeinde könne diese Mieter, die sich auf dem freien Markt keine Wohnung leisten könnten, eine attraktive Wohnung zu einem bezahlbaren Preis vermieten.

Rat Miller bedankt sich bei Bürgermeister Smit-Thijs für die Erklärungen. Durch das neue Gesetz habe sich viel geändert. Es sei erstaunlich, wie unterschiedlich die einzelnen Mieten seien. Wenn man berücksichtige, dass jeder Einwohner des Landes ab einem Alter von 25 Jahren Anspruch auf den REVIS (revenu d'inclusion social) habe und es trotzdem immer noch diese gewaltigen Unterschiede gebe. So gehe auch aus den Unterlagen hervor, dass eine alleinerziehende Mutter mit Kind eine höhere Miete zahlen müsse als eine alleinstehende Person. Außerdem frage er sich, wie man vorgehe, wenn sich der Haushalt während des Jahres vergrößere, sprich ein Paar ein Kind bekomme. Müssten diese Mieter sich bei der Gemeinde melden? Falls nun Eltern mit einem Kind in einer Wohnung mit nur einem Schlafzimmer lebten und das Kind 12 Jahre alt werde, sei diese Familie laut dem neuen Gesetz gezwungen auszuziehen. Eine neue Wohnung suchen sei aber auch stets mit großem Aufwand verbunden. Ihm sei auch aufgefallen, dass nun deutlicher vermerkt sei, dass die Sozialarbeiter öfter in den vermieteten Wohnungen nach dem Rechten sehen könnten.

Bürgermeister Smit-Thijs verdeutlicht, dass es sich hier um bezahlbaren Wohnraum handele für Menschen, die Schwierigkeiten hätten die normalen Mieten zu zahlen. Sie gebe Rat Miller recht, dass sich mit dem neuen Gesetz so einiges ändern wird.

Schöffe De Smet wolle klarstellen, dass das neue Gesetz deutlicher sei und klarere Richtlinien habe als vorher. Die Unterschiede in den Mietberechnungen basieren auf den Daten, die man von den Mietern erhalten habe. Man habe sich auch beim zuständigen Ministerium rückversichert, dass die Berechnungen ihre Richtigkeit hätten, da diese neu seien und man keine Fehler machen wolle. Das Gesetz sehe auch vor, dass Mieter sich bei Änderungen

im Haushalt innerhalb eines Monats bei der Gemeinde melden müssen. Gleiches gelte auch bei Änderungen des Gehalts. Auf dieser Grundlage werde dann entweder die Miete neu berechnet oder man müsse eine andere Wohnung für die Mieter finden. Diese müsse nicht zwingend in der Gemeinde sein, sich jedoch in einem gewissen Umkreis befinden. Dies gelte besonders dann, wenn auch Kinder betroffen seien, damit diese weiterhin an derselben Schule unterrichtet werden können. Auch der Arbeitsplatz der Mieter werde bei der neuen Wohnungssuche berücksichtigt. Der strenger geregelte gesetzliche Rahmen werde der Gemeinde die Arbeit erleichtern.

Rätin Schares zeigt sich erstaunt darüber, dass die neuen Mietverträge zeitlich nicht mehr begrenzt seien und auch der Quadratmeterpreis keine Rolle mehr spiele. Die zeitlich unbegrenzten Mietverträge würden die Anzahl der Menschen, denen man helfen könne, einschränken. Vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes und der begrenzten Mietdauer sei dies einfacher gewesen. Sie frage sich außerdem, ob mit dem neuen Rechensystem große Preisunterschiede entstanden seien, sprich, dass die Mieten viel höher oder niedriger ausgefallen seien. Die Bestandsaufnahmen seien gemacht, respektive würden gemacht werden. Werden die Ortsbesichtigungen zwischendurch, die nun durch das neue Gesetz möglich seien, vom Sozialamt durchgeführt oder sei dies Aufgabe der Gemeinde? Man habe 5 Mietverträge vorliegen, seien dies alle oder müsste man noch andere Verträge anpassen.

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass noch andere Verträge angepasst werden müssen und dass man auch überprüfen müsse, ob die vorhandenen Wohnungen nach dem neuen Gesetz richtig zugeteilt seien. Nicht jeder der Mieter stehe im Kontakt mit dem Sozialamt, da es sich nicht ausschließlich um Sozialfälle handele. Bezüglich der unbefristeten Verträge wolle sie ergänzen, dass durch den neuen Pacte logement 2.0 mehr bezahlbarer Wohnraum entstehe und diese Änderung auch verhindere, dass Mieter zu oft ihre Wohnung wechseln müssten, solange sie die Kriterien erfüllen.

Schöffe De Smet gibt an, dass es einen konkreten Fall gebe, bei dem die Miete der bezahlbaren Wohnung durch die neue Berechnung höher ausgefallen sei, als die Miete, die die Person aktuell in ihrer Wohnung zahle. Er wolle auch darauf hinweisen, dass Mieter, die die Kriterien nicht mehr erfüllen, 12 Monate Zeit hätten, sich eine neue Wohnung zu suchen.

Rätin Schuster bedankt sich für die Erklärungen. Die Neuerungen seien für jeden, der in irgendeiner Weise betroffen sei, eine Herausforderung. Außerdem würden noch Anpassungen kommen, ganz abgesehen von RENLA. Sie gehe jedoch davon aus, dass man sich auch an das neue System gewöhnen werde. Sie möchte wissen, wie viele Wohnungen die Gemeinde aktuell vermiete.

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass es sich um 10 Wohnungen handele.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

C. Übertragungsurkunde des Staates Luxemburg – rue de Luxembourg: Genehmigung

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass es sich bei diesem Punkt der Tagesordnung um zwei Parzellen gelegen in der rue de Luxembourg handele, die die Gemeinde Bartringen vom Staat Luxemburg abgekauft habe. Die Parzellen haben eine Größe von 5,77 Ar respektive 4,75 Ar und befänden sich größtenteils in einer Grünzone. Der Preis liege knapp unter 32.000 Euro.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

D. Ergänzungen zu den Bereitstellungsverträgen – FLEX: Genehmigung

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass es sich hier um Ergänzungen der bestehenden Verträge handele. Konkret gehe es um die Parkplätze, die man FLEX zur Verfügung gestellt habe. Die ursprünglichen Verträge seien am 29. September 2020 respektive am 28. Januar 2022 unterschrieben worden, dies für insgesamt 3 Stellplätze und 3 Autos im Dorfzentrum und in Helfent. Der dritte Stellplatz mitsamt Auto im Dorfkern sei erst letztes Jahr dazugekommen und werde über einen anderen Vertrag geregelt. Die Preise für die vorhandenen Autos würden einheitlich auf 765,20 Euro angepasst, egal ob es sich um einen Verbrennungsmotor oder ein Elektroauto handele. Dieser Preis gelte ab dem 1. April 2024.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

05. Stadtplanung

A. Punktuelle Änderung des Teilbebauungsplans „Pourpelt“: Genehmigung

Schöffe De Smet gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um eine punktuelle Änderung des Teilbebauungsplans „Pourpelt“ handele. Konkret gehe es um die Lose 64 und 65 auf denen Mehrfamilienhäuser entstehen. Es sei eine minimale Änderung, das Dachgesims werde 1 Meter erhöht, da im Erdgeschoss Geschäfte entstehen sollen, was in einem neuen Viertel durchaus Sinn ergebe. Der Schöffenrat habe diese Änderung für gutbefunden und das Projekt ausgehangen. Man habe keine Beanstandung von den Bürgern erhalten und auch das zuständige Ministerium habe die Änderung gutgeheißen. Alles bleibe gleich bis auf diese Erhöhung.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.



B. Zusammenlegung zweier Parzellen in ein Los, rue Alphonse München: Genehmigung

Schöffe De Smet führt aus, dass es sich bei diesem Punkt um zwei Parzellen, gelegen in Bartringen, in der „rue Alphonse München“ handele. Diese sollen in 1 Los zusammengelegt werden, zwecks späterer Bebauung.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.



06. Projekte

A. Neugestaltung der rue de Leudelage: Genehmigung der Abrechnung

Bürgermeister Smit-Thijs erläutert, dass es sich bei diesem Punkt um die Abrechnung betreffend die Neugestaltung der rue de Leudelage handele. Der Gesamtbetrag belaufe sich auf 3.422.250,03 Euro und liege unter dem dafür vorgesehenen Budget.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

07. Verordnungen

A. Änderung der Verordnung zur Festlegung der Bedingungen für die Teilnahme an Erwachsenenkursen und des Einschreiberechts

Bürgermeister Smit-Thijs merkt an, dass der Gemeinderat am 2. Februar 2024 bereits über die neuen Tarife bezüglich der Erwachsenenurse abgestimmt habe. Es handele sich nun um kleine Änderungen im Text betreffend die Einschreibungen. So sei man beispielsweise erst in einem Kurs angenommen, wenn man die Bestätigung und Zahlungsaufforderung der Gemeinde erhalte. Wie bisher müsse die Gebühr vor Kursbeginn bezahlt werden. Zudem weise der Text nun klar darauf hin, dass die Einschreibung namentlich und nicht übertragbar sei. Wenn der Kurs einmalig ausfalle, hätten die Teilnehmer kein Anrecht auf Rückerstattung. Dieses Recht trete nur ein, wenn der Kurs während des ganzen Semesters abgesagt werde. Außerdem könne man auch keine Rückerstattung geltend machen, wenn man sich selbst entschlöße, den Kurs nicht zu besuchen. Mit diesen Änderungen wolle man dem Text größere Klarheit verschaffen.

Rat Weirich zeigt sich erstaunt, da er in der Sitzung am 2. Februar 2024 explizit nachgefragt habe, wie man Kursausfälle handhabe. Hierzu habe er gute und plausible Erklärungen erhalten. Es sei auch gesagt worden, dass man die Möglichkeit habe, ausgefallene Kurse zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen. Der vorliegende Text verwerfe diese Möglichkeit jedoch, da klar daraus hervorgehe, dass man ausgefallene Kurse nicht nachhole. Er schlage daher vor, dass man den Text dahingehend umändere, dass man ausgefallene Kurse nach Möglichkeit nachhole. Die Rückerstattung werde nur vorgenommen, wenn der ganze Kurs ausfalle. Wie handhabe man den Ausfall von mehreren Kursen?

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass wenn möglich nach einem Ersatz oder einer anderen Lösung gesucht wird, die jeden zufriedenstelle. Bürgermeister Smit-Thijs wolle auch darauf hinweisen, dass ausgefallene Kurse nach Möglichkeit nachgeholt werden, auch wenn dies nicht im Text stehe. Sie gibt Rat Weirich Recht und gibt an, dass man die vorgeschlagene Textänderung mit Zustimmung des Gemeinderates einsetze.

Rat Miller fragt nach, wie die Einschreibungen der Sprachkurse gehandhabt werde, für den Fall, dass sich jemand in einen Kurs einschreibe, für den er die Anforderungen nicht erfülle? Werde in diesem Fall die Gebühr zurück-erstattet?

Bürgermeister Smit-Thijs merkt an, dass dies, ihre Informationen nach, noch nie vorgekommen sei. Jedoch gehe sie davon aus, dass man in diesem Fall die entrichtete Gebühr erstatten werde.

Rätin Schuster schließt sich den Aussagen der anderen Oppositionsparteien an.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Verordnung über die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Charta für nachhaltige Entwicklung von Vereinen

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass das Ziel dieser Verordnung sei, die Vereine mit ein zu binden und Veranstaltungen somit nachhaltiger zu gestalten. Die Gemeinde habe am 22. April 2021 den Klimapakt 2 unterschrieben, dies nachdem man 2013 den Klimapakt 1 schon unterzeichnet habe. Gemeinsam mit den Vereinen und der Klimapakt Kommission habe die Gemeindeverwaltung eine Energie-Klima-Umwelt Charta erstellt, die auch Teil dieser Verordnung sei. Damit verbunden seien auch 3 Zuschüsse, die die Vereine erhalten können, die auch bei den ordentlichen Zuschüssen berücksichtigt werden. Vereine, die die Charta unterschreiben, hätten Anspruch auf 250 Euro, beim Erhalt des Labels „Green Event“ auf 500 Euro und beim Erhalt des Labels „Mir engagieren eis“ auf 250 Euro. Zudem halte die Charta alles fest, was Vereine berücksichtigen können. Sie erhoffe sich, dass viele Vereine diesen Weg einschlagen werden.

Rat Weirich begrüßt es, dass man den Vereinen vor der Fertigstellung den Text zwecks Überarbeitung noch einmal hätte zukommen lassen. Ein Verein hätte eine Ergänzung vorgeschlagen, die auch ihren Weg in die definitive Verordnung gefunden habe. Inhaltlich finde er die Charta gut, auch wenn man eine Reihe an Selbstverständlichkeiten darin wiederfinde. Er schlage vor, den luxemburgischen Text noch in weitere Sprachen zu übersetzen, um jedem Verein entgegen zu kommen.

Schöffe De Smet entgegnet, dass die vorliegende Charta noch auf Französisch und Englisch übersetzt werde. Zudem füge man dem Dokument noch einen praktischen Leitfaden hinzu. Dies solle ein lebendiges Dokument sein, das nach Bedarf angepasst und geändert werden könne. Hier fänden die Vereine alle wichtigen Adressen, Labels und so weiter. Am 24. April 2024 solle diese Charta von den Vereinen im Rathaus unterschrieben werden. Bis dahin sei auch der praktische Leitfaden und die Internetseite fertig. Man wolle die Vereine unterstützen, die sich bemühen, eines der vorgesehenen Labels zu erhalten, da vor allem das „Green Event“ Label äußerst anspruchsvoll sei.

Rat Rauchs befürwortet sowohl die Charta als auch den Fakt, dass man die Vereine finanziell unterstützen werde. Man müsse nur aufpassen, dass der praktische Leitfaden ein lebendiges Dokument sei und bleibe. Man könne den Vereinen auch die Möglichkeit geben, einmal im Jahr eine Liste mit den

der Charta entsprechenden Aktivitäten auf der Gemeinde einzureichen. Hier könne man auf lange Sicht ein zusätzliches Bewertungssystem einführen.

Bürgermeister Smit-Thijs merkt an, dass man nicht heute etwas auf die Beine stelle, um es am nächsten Tag wieder zu vergessen. Man werde an diesem Dokument weiterarbeiten.

Schöffe De Smet gibt an, dass es auch angedacht sei, nach einem Jahr eine Bilanz mit den Vereinen zu ziehen, um festzustellen, was gut und was weniger gut gelaufen sei. Hier sei man auf die Mitarbeit der Vereine angewiesen. Eventuell könne man diesen im Rahmen der Zuschüsse einen Fragebogen zukommen lassen.

Rat Miller gibt an, dass auch seine Fraktion diese Charta begrüße. Er wolle jedoch darauf hinweisen, dass ein Label wie „Green Event“ äußerst anspruchsvoll sei und weitaus strengere Kriterien habe, als die der Charta. Die Gemeinde müsse hier den Vereinen entgegenkommen und die richtigen Materialien zur Verfügung stellen, ansonsten sei es für einen Verein praktisch unmöglich, dieses Label zu erhalten.

Schöffe De Smet antwortet, dass man sich dessen bewusst sei und es auch die Rolle der Gemeinde sei, dann das richtige Material bereit zu stellen.

Rätin Schuster merkt an, dass die Zusammenarbeit in der Klimapakt Kommission sehr gut funktioniert habe. Es sei wichtig zu bemerken, dass die Charta keine Pflicht sei, sie sei eher dazu gedacht, die Vereine zu mehr Bewusstsein anzuregen. Es sei wichtig, dass die Mitglieder der Vereine regelmäßig sensibilisieren werden. Die Charta sei ein lebendiges Dokument, was weiterhin nach Bedarf angepasst werden solle. Sie bemerkt, dass die Mülltrennung besonders bei grösseren Veranstaltungen immer wieder Thema sei, dies werde zukünftig besser gelöst werden. Des Weiteren begrüsst sie auch die zusätzlichen Finanzspritzen für die Vereine.

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass man den Vereinen mit dieser Charta den Anfang erleichtern wolle.

Rätin Schares fügt hinzu, dass man den Vereinen auch Zeit bei der Umsetzung geben müsse. Die angegebenen Labels erhalte man nicht von heute auf morgen. Zudem sei diese Umstellung mit Unkosten verbunden. Daher begrüße auch sie, dass die Gemeinde die Vereine zusätzlich finanziell unterstützen wolle, die sich um diese Label bemühen. In der vorliegenden Charta sei immer nur von den Vereinen die Rede. Sie gehe jedoch davon aus, dass dies alles auch für die Veranstaltungen der Gemeinde gelte.

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass es natürlich auch für die Gemeinde gelte.

Schöffe De Smet erläutert, dass man bei den Gemeindeveranstaltungen ganz klar auf denselben Weg gehe. Jedoch müsse man auch zuerst die vorhandenen Reserven abbauen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

C. Verordnung über die Beteiligung der Bürger der Gemeinde Bartringen am partizipativen Haushalt

Bürgermeister Smit-Thijs erklärt, dass es sich hier um einen neuen Bürgerbeteiligungshaushalt handle mit dem Ziel Bürger aktiv an kommunalen Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Hierbei solle ein Teil des Gemeindehaushalts den Bartringer Bürgern zur Verfügung gestellt werden. Somit können diese Projekte ausarbeiten, darüber abstimmen und das gewählte



Projekt umsetzen. Der Betrag sei auf 100.000 Euro für 2 Jahre festgelegt. Die ausgearbeiteten Projekte müssen auf dem Gebiet der Gemeinde ausgeführt werden. Es gebe verschiedene Etappen: die Projekte müssen eingereicht werden, dann werde eine Machbarkeits-Analyse durchgeführt, dann komme es zur Abstimmung, das Projekt werde ausgeführt und schlussendlich werde eine Bewertung des gesamten Projektes durchgeführt. Jeder Einwohner der Gemeinde Bartringen über 14 Jahre könne sich hier beteiligen. Es könne sich sowohl um Einzelpersonen als auch um Gruppen oder lokale Vereine handeln. Für jedes eingereichte Projekt müsse ein Verantwortlicher genannt werden. Nicht teilnahmeberechtigt seien die gewählten Vertreter der Parteien, sprich der Gemeinderat, und die Arbeitnehmer der Gemeindeverwaltung. Der Schöffenrat schlage dem Gemeinderat vor, diese Liste um die politischen Parteien zu erweitern. Das Projekt könne online mittels dem dafür ausgearbeiteten Formular eingereicht werden. Man habe auch die Art der möglichen Projekte sowie die Kriterien festgelegt. Sollten ähnliche Projekte mit dem gleichen Ziel eingereicht werden, werde man versuchen diese zusammenzuführen. Ein Prüfungsausschuss lasse die Projekte zu, die den Kriterien entsprechen. Bei abgelehnten Projekten gebe man Erklärungen ab, wieso man das Projekt nicht berücksichtigt habe. Abgestimmt werde über die dafür vorgesehene Onlineplattform, somit könne jeder nur eine Stimme abgeben. Das Projekt mit den meisten Stimmen werde dann umgesetzt. Wenn Geld übrigbleibe, werde dieses für das nächste gewählte Projekt eingesetzt. Man sei in der Findungsphase und müsse abwarten, was bei diesem Vorhaben herauskomme. Der Prüfungsausschuss setze sich zusammen aus Beamten der Gemeindeverwaltung und mindestens 1 Mitglied des Schöffenrats. In diesem Ausschuss könne niemand Mitglied sein, der ein Projekt abgeben könne. Der Ausschuss könne jedoch auch Experten zu Rate ziehen. Die zurückgehaltenen Projekte kämen auch im Gemeinderat zur Abstimmung. Man wolle die Bürger bei jeder Etappe auf dem Laufenden halten, da es wichtig sei, diese konstant mit einzubinden. Man müsse aber auch den Werdegang erklären und begründen, warum man ein Projekt abgelehnt habe. Dies mache Politik auch für die Bürger interessanter. Sie sei erfreut, dass man den Bürgern über diesen Weg die Möglichkeit geben könne, sich aktiv einzubringen. Außerdem sei sie gespannt auf die eingereichten Projekte.

Rätin Schuster merkt an, dass auch sie diese Initiative begrüße. Jeder einzelne Bürger, ob jung oder alt, wohne in einem anderen Viertel und habe andere Bedürfnisse und Ideen. Daher finde sie es gut, dass sich jeder einbringen könne. Man gebe den Bürgern die Möglichkeit, diese Anregungen direkt zur Wahl zu stellen. Man würde die Bürger über diesen Weg auch ein Stück weit sensibilisieren und sie in die Gestaltung des Dorfes miteinbeziehen.

Rat Miller fügt an, dass er Rätin Schuster nur zustimmen könne. Die Bürger können nun selbst mitmachen und mitbestimmen. In Wien gebe es diese Art von Mitbestimmung schon recht lange und werde dort auch geschätzt. Er habe aber noch eine Frage zu Prüfungsausschuss. Dieser bestehe aus Beamten der Gemeindeverwaltung und einem Mitglied des Schöffenrats. Könne man diesen nicht erweitern, vor allem, da die Gemeindebeamten dem Schöffenrat unterständen? Könne man nicht zusätzliche Mitglieder aus der Zivilgesellschaft einberufen? Somit erweitere man die Meinung der Abstimmung und könne auch besser belegen, warum man ein Projekt verworfen habe. Die weiteren Mitglieder könnten auch aus den lokalen Vereinen oder den Parteien sein. Außerdem wolle er wissen, ab wann dieses Vorhaben geplant sei, da man im Haushalt 2024 keinen Posten dafür vorgesehen habe.

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass die Abstimmung im Gemeinderat der Startschuss sei. Danach beginnt die weitere Planung und Umsetzung dieses Vorhabens. Dann bräuchten auch die Bürger Zeit um sich ihre Projekte zu überlegen und einzureichen. Man werde also voraussichtlich 2025 starten.

Schöffe De Smet ergänzt, dass es schon funktionierende Plattformen im Land gebe, zum Beispiel in den Gemeinden Düdelingen und Roeser. Hier könne man sich ansehen, wie es dann auch in der Gemeinde funktionieren solle. Jedes eingereichte Projekt werde öffentlich gemacht und es werde auch erklärt, warum das Projekt nicht umgesetzt werden könne. Sämtliche Projekte, die man zurückbehalte, würden dem Gemeinderat in einer Arbeitssitzung vorgestellt. An der Abstimmung könne jeder Bürger sich beteiligen, der sich auf der Plattform angemeldet habe.

Rätin Schares merkt an, dass sich ihre Fraktion dem positiven Feedback anschließe und die Bürgerbeteiligung auch schon im Wahlprogramm aufgeführt hätte. Wenn man den Bürgern die Möglichkeit gebe ihre Ideen und Projekte einzureichen, werde auch für diese ersichtlich, dass man nicht alles von jetzt auf sofort umsetzen könne, sondern solche Vorhaben auch Zeit brauchen und man gewisse Prozeduren einhalten müsse. Somit könne dies auch zu einem besseren Verständnis für Politik beitragen. Sie habe dieselbe Idee wie Rat Miller, den Prüfungsausschuss zu erweitern, sei es mit Mitgliedern der Zivilgesellschaft oder Mitgliedern des Gemeinderates, sprich der Opposition. Zudem frage sie sich, wie man die Bürger informiere. Es gebe zwar die Onlineplattform, jedoch hätte nicht jeder Zugang zum Internet oder kenne sich damit aus. Außerdem stehe im Text, dass man die Bürger, die ein Projekt eingereicht hätten, als Experten in den Prüfungsausschuss einberufen könne. Sie frage sich, ob man dies nicht sogar müsse, damit diese ihr Projekt vorstellen und auch weiter an der Ausarbeitung beteiligt werden?

Bürgermeister Smit-Thijs erläutert, dass die Information über die zurückgehaltenen Projekte nicht nur online stattfinden werde, sondern dass man auch noch andere Möglichkeiten habe. Sie könne zwar nur spekulieren, jedoch gehe sie stark davon aus, dass man mit Projekten überschwemmt werde. Bei Projekten, bei denen von vornherein klar sei, dass sie nicht umsetzbar seien, ergebe es für sie keinen Sinn, die Initiatoren in den Ausschuss einzuberufen. Da man den Arbeitsaufwand momentan noch nicht abschätzen könne, wolle man sich mit dieser Formulierung alle Wege offenlassen.

Schöffe De Smet ergänzt, dass die vorliegende Verordnung auf einem französischen Text basiere. Der Text sei mehrfach angepasst worden, aufgrund von Erfahrungswerten von französischen Gemeinden, die mit dieser Verordnung arbeiten. In einer ersten Phase sei der vorliegende Text einfacher umsetzbar, könne jedoch bei Bedarf jederzeit angepasst werden. Bezüglich des Ausschusses werde das Diskussionspotential exponentiell grösser, je mehr Mitglieder dieser habe. Die Bürger seien aufgrund der Abstimmung mit in die Entscheidungen eingebunden.

Bürgermeister Smit-Thijs fügt hinzu, dass man sicherlich nicht alleine im Schöffenrat über diese Projekte entscheide. Wenn ein Projekt nicht zurückgehalten werde, werde dies auch öffentlich begründet. Mit der Zeit werde dieses Vorhaben seine Form finden und bei Bedarf, wie vorher schon gesagt, angepasst werden.

Rat Weirich merkt an, dass ein solches Vorhaben die Demokratie nur beleben könne. Er wolle betonen, dass es wichtig sei, den Austausch mit den Bürgern zu fördern, die ein Projekt eingereicht hätten. Erst danach könne man festlegen, ob ein Projekt umsetzbar sei oder nicht. Er wolle jedoch noch etwas Anderes hervorheben. Er sei der Meinung, dass man noch etwas mehr Mut zeigen könne, etwas konsequenter und liberaler sein solle. Im vorliegenden Text sei ganz bewusst der Begriff „Vivre-ensemble“ eingesetzt worden. Hier stecke eine ganz bestimmte Definition dahinter. So müsse man nicht nur die Einwohner der Gemeinde miteinbeziehen, sondern auch die Menschen, die auf dem Gebiet der Gemeinde arbeiten, unabhängig vom Wohnort. Dies sei ja auch bei der Zusammensetzung der gleichnamigen Kommission Thema

gewesen. Ein Blick von außen könne nie schaden. Daher schlage er vor, dass man auch die Menschen mit einbeziehe, die auf dem Gebiet der Gemeinde arbeiten.

Bürgermeister Smit-Thijs gibt Rat Weirich im Prinzip recht, jedoch hätte man dann das Problem mit der Abstimmung, die sich rein auf die Menschen begrenze, die ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben. Die Idee an sich sei nicht schlecht, jedoch sei dies mit weiteren Problemen verbunden.

Rat Weirich gibt zu, dass dies eine Schwierigkeit darstelle, für die man nach einer Lösung suchen müsse.

Bürgermeister Smit-Thijs entgegnet, dass es in erster Instanz darum gehe, die Einwohner der Gemeinde mehr mit einzubinden.

Rat Demuyser gibt zu bedenken, dass es sich bei diesem Vorhaben um das Geld der Bartringer Einwohner handele. Für ihn sei somit klar, dass dann auch die Ideen von den Einwohnern der Gemeinde kommen müssen.

Rat Lang merkt an, dass es sich um die vorherige Integrationskommission handele, die Rat Weirich hier angesprochen habe. Es sei wichtig, weitsichtig zu planen und zu agieren, jedoch müsse die Priorität immer noch bei den Einwohnern der Gemeinde liegen. Das Gesetz gebe die Möglichkeiten, Menschen in die Kommission zu integrieren, die nicht in der Gemeinde leben. Bei diesem Vorhaben solle aber auch für ihn der Fokus auf den Bartringern und ihrem Alltag liegen.

Schöffe De Smet ergänzt, dass man den Betrieben als solchen die Möglichkeit geben könne, Projekte einzureichen, die Bartringer Bürger jedoch darüber abstimmen lassen. Dies sei für ihn ein machbarer Mittelweg.

Rat Rauchs findet es gefährlich, den Betrieben hier diese Vormachtstellung zu geben. Vielleicht sei es trotzdem besser, die Teilnahme nur für die nicht-ansässigen Arbeitnehmer zu öffnen.

Bürgermeister Smit-Thijs entgegnet, dass man mit einer großen Beteiligung rechne und es schwierig sei, bei jedem zu überprüfen, ob er hier arbeite. Sie sieht im Vorschlag, lokalen Betrieben die Gelegenheit zu geben, Projekte einzureichen, eine Möglichkeit nichtansässige Arbeitnehmer miteinzubinden.

Schöffe De Smet betont, dass man sich auch erst mit der Plattform und deren Funktionalitäten vertraut machen müsse. Man habe bald die erste Zusammenkunft, um über die Gestaltung der Plattform zu reden, dann könne man in dem Rahmen auch diese Fragen aufwerfen.

Rätin Schares merkt an, dass man das Vorhaben wie geplant anlaufen lassen könne und man zu einem späteren Zeitpunkt immer noch Änderungen vornehmen könne.

Bürgermeister Smit-Thijs gibt abschließend an, dass man das Projekt so anlaufen lasse und bei Bedarf anpassen werde.

Rätin Schuster gibt zu bedenken, dass nichtansässige Arbeitnehmer ganz andere Interessen hätten als die Einwohner der Gemeinde. Falls man zu einem späteren Zeitpunkt auch diese mit einbeziehe, müsse man sicherstellen, dass die eingereichten Projekte nicht nur einer ganz spezifischen Zielgruppe zugutekämen. Somit seien eventuell schon einige Projekte von vornherein nicht zulässig.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

D. Anpassung der Gebührenverordnung des Entsorgungsdienstes

Bürgermeister Smit-Thijs erklärt, dass man diesen Punkt schon in der Gemeinderatssitzung vom 2. Februar 2024 besprochen und darüber abgestimmt habe. Man habe die Verordnung zwecks Genehmigung an das zuständige Ministerium geschickt und eine Bemerkung betreffend einen Satz erhalten. Dieser verstosse gegen Artikel 1202 des Zivilgesetzbuches. Sie schlage dem Gemeinderat vor diesen Satz zu streichen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

E. Änderung der Verordnung über die Gewährung eines kommunalen Zuschusses für Fahrzeuge

Bürgermeister Smit-Thijs führt aus, dass man hier nur eine kleine Änderung vornehmen wolle. Man müsse nicht nur in der Gemeinde wohnhaft sein, um diesen Zuschuss zu beantragen, sondern auch schon zum Zeitpunkt des Kaufes Bartringer Bürger sein. Anders könne man nicht kontrollieren, ob man nicht auch schon in anderen Gemeinden einen Zuschuss erhalten habe.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

F. Anpassung der internen Verordnung des SEA

Bürgermeister Smit-Thijs erklärt, dass es sich hier um die Anpassung der internen Verordnung des SEA handele, die man aufgrund einer dringlichen Anfrage dieses vornehme. Vieles was man für selbstverständlich erachte, sei dies nicht mehr in der Gesellschaft und könne zu Problemen führen. Es gebe sicher Diskussionspunkte, jedoch gehe es um das Funktionieren einer Betreuungsstruktur und für diese sei diese Anpassung unerlässlich. So habe man den Text erweitert und darin verankert, dass die zu betreuenden Kinder sich respektvoll gegenüber den Anderen zu verhalten haben. Manche Kinder seien bereits in jungen Jahren verhaltensauffällig. Gleichzeitig sollen auch die Infrastrukturen und das zur Verfügung gestellte Material respektvoll genutzt werden. Diese Anpassungen seien nötig, damit im Fall der Fälle auch Konsequenzen angewandt werden könnten. Somit habe man nun die Möglichkeit, Kinder temporär oder definitiv aus der Betreuungsstruktur auszuschließen. Dies sei eine schwerwiegende Entscheidung, die man nur im äußersten Notfall geltend machen wolle. Jedoch sollen sich Eltern und Kinder bewusst werden, dass falsches Verhalten auch Konsequenzen mit sich bringt. Dies auch zum Schutz von den anderen Kindern und das Betreuungspersonal. Kinder sollen zudem keine persönlichen Spielsachen oder Süßigkeiten mit in die Betreuungsstruktur nehmen. Falls trotzdem persönliche Gegenstände mitgenommen und beschädigt würden, liege die Verantwortung nicht beim SEA, sondern bei den Eltern respektive dem Kind. Auch werde jetzt festgehalten, dass im Gebäude und auf dem Gelände des SEA nicht geraucht werde.

Rätin Schares zeigt sich erschreckt, dass solche Maßnahmen notwendig seien. Es sei schlimm, dass es so weit gekommen sei. Man nehme diese Anpassungen ja nur vor, weil diese Probleme bereits bestünden und Kinder sich nicht benehmen, wie es angebracht sei. Was vor Jahren noch selbstverständlich war, sei nun teilweise inexistent. Sie frage sich, voran dies liege. Sei die ganztägige Kinderbetreuung schuld daran? Zum Teil bestimmt, jedoch müsse man hier mehrere Faktoren berücksichtigen. Wenn man dem zuständigen Personal somit eine Handhabe bieten könne, solle und müsse der Text angepasst werden. Das Personal, das solchen Situationen ausgesetzt sei, könne einem leidtun. Gebe es für sie die Möglichkeit an Weiterbildungen teilzunehmen, die einen auf solche Situationen vorbereiten? Wie sei die Problematik in der Schule? Beziehe sich das Rauchverbot auf die Eltern und Erzieher oder auf die Kinder?

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass es in der Schule ähnliche Probleme gebe. Das Rauchverbot beziehe sich global auf alle, die sich auf dem Gelände des SEA aufhielten. Sie gibt Rätin Schares recht, es sei traurig, dass man so weit gehen und dies in der internen Verordnung verankern müsse. Es gehe auch nicht darum, dass das Gespräch mit den Eltern nicht mehr gesucht werden solle, dies geschehe auch weiterhin. Jedoch habe man das Gefühl, dass ohne Konsequenzen keine Einsicht mehr möglich sei. Man müsse jedes Kind schützen, das gelte jedoch für alle Kinder sowie das Personal der Betreuungsstruktur.

Rätin Damjanovic gibt an, dass sie mit dem Großteil einverstanden sei, jedoch habe sie ein Problem damit, dass man Kinder aus der Betreuungsstruktur ausschließen wolle. Sie wisse, dass das Verhalten einiger Kinder problematisch sei, finde diese Konsequenz allerdings zu drastisch. Verhaltensauffällige Kinder hätten eine tiefergreifende Notlage und es sei wichtig, dass man sich damit auseinandersetze und den Kindern helfe. Vielleicht helfe es schon wenn das Personal zusätzliche Weiterbildungen erhalte oder man sich mit dem nun in Bartringen ansässigen Elternforum zusammenschließe oder auf externe Experten zurückgreife. Sie frage sich, ob man nicht auch Konsequenzen für Eltern einführen könne, die sich nicht einbringen. Viele Eltern seien auch überfordert. Die Konsequenzen eines Ausschlusses seien für die betroffenen Kinder in höchstem Maß traumatisch.

Bürgermeister Smit-Thijs erläutert, dass der Ausschluss die allerletzte Möglichkeit sei, wenn alles andere schon gescheitert ist.

Schöffe De Smet ergänzt, dass es darum gehe, eine Handhabe in schwierigen Fällen zu bieten, der sich jeder bewusst sei, da die Eltern die interne Verordnung unterschreiben müssen. Bis es zum Äußersten komme, seien schon etliche Gespräche geführt worden.

Rätin Schuster fragt nach, wie der Austausch zwischen Personal und Eltern statfinde. Leite man die betroffenen Eltern weiter an andere Anlaufstellen, wo diese eine zusätzliche Beratung oder Hilfe erhielten? Dies sei wichtig, da viele Eltern nicht wüssten an wen sie sich wenden könnten.

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass immer das Gespräch gesucht werde. Die Erzieher seien über die Möglichkeiten informiert und hätten auch Kontakt zu den verschiedenen Anlaufstellen. Auch zwischen SEA und der Schule finde ein Austausch statt, da es sich öfter um die gleichen Probleme handele. Es gehe in erster Linie auch darum, im Dialog nach Lösungen zu suchen, da andernfalls Konsequenzen drohen. Dies sei im Interesse aller Beteiligten.

Rätin Schuster merkt an, dass man dieses Verhalten auch in den Sportvereinen beobachten könne. Kinder könnten sich nicht mehr konzentrieren oder zuhören und stören zum Teil das Training der Anderen. Gleiches gelte für alle anderen Bereiche, sei es Schule, außerschulische Betreuung oder privat. Verhaltensauffällige Kinder suchen nach Hilfe und Aufmerksamkeit.

Bürgermeister Smit-Thijs fügt an, dass es umso wichtiger sei, dass Kinder einen Ausgleich beim Sport fänden und auch die LASEP hier eine große Rolle spiele. Nicht zu unterschätzen sei auch eine ausgewogene und angepasste Ernährung. Man wolle eine Möglichkeit bieten, eine Diskussion in die richtige Richtung zu starten. Dies auch in Zusammenarbeit mit der Schule.

Rat Weirich gibt an, dass das bereits Gesagte wertvoll sei, er könne sich dem nur anschließen. Es sei sowohl ein individuelles als auch ein gesellschaftliches Problem, was es umso komplexer mache. In der Presse sei ein Artikel erschienen, in dem Erzieher Alarm geschlagen und um Hilfe gerufen hätten. Somit sei ersichtlich, dass das Problem nicht nur in Bartringen bestünde. Die

Verordnung, sprich der Text, sei geduldig. Nur durch eine Textanpassung ändere man das Verhalten nicht. Jedoch habe man, wie vorher auch schon gesagt, eine Handhabe. In der Abkürzung SEA sei auch Erziehung mit verankert, was ein hoher Anspruch an die Erzieher sei. Erziehung sei ein komplexes Thema, bei dem auch Vorbilder eine Rolle spielen. Er wisse auch nicht, wie der SEA intern aufgestellt sei, ob beispielsweise ein Psychologe vor Ort sei. Als Gemeinderat könne man den Kontext schaffen, um den Kindern zu helfen, die Verhaltensauffällig seien und den Erziehern die Möglichkeit geben, eine Handhabe bei absoluter Beratungsresistenz zu haben.

Bürgermeister Smit-Thijs erläutert, dass das Konzept der Bartringer SEA vom Ministerium gelobt worden sei und Erzieher aus anderen Strukturen sich dieses ansähen, um das gleiche dann auf die Beine zu stellen. Erzieher sei ein vielschichtiger Beruf, jedoch müsse Erziehung in erster Stelle noch zuhause stattfinden, nicht nur in Betreuungsstrukturen. Was nicht einfach sei, wenn Kinder von morgens bis abends in den Betreuungsstrukturen seien. Man probiere so gut wie möglich auf diese Probleme einzugehen und Lösungen zu finden.

Rätin Damjanovic kann diese Aussage von Bürgermeister Smit-Thijs so nicht stehen lassen. Sie wolle eine Lanze für alle arbeitenden Eltern brechen. Es komme nicht unbedingt auf die Quantität, sondern auf die Qualität der Zeit an, die Eltern mit ihren Kindern verbrachten. Regeln seien wichtig, dass diese nicht mehr vorhanden seien, sei ein gesellschaftliches Problem. Ihr täten die Kinder leid, die durch ihr auffälliges Verhalten immer mehr an den Rand der Gesellschaft rücken.

Bürgermeister Smit-Thijs stimmt zu, dass die Qualität der Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen, wichtig ist und fügt hinzu, dass man in Bartringen bemüht sei, alle Kinder bestmöglich zu betreuen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

08. Les Centres pour Personnes Âgées der Gemeinde Bartringen

A. Genehmigung der Verwaltungskonten des Jahres 2022

Bürgermeister Smit-Thijs erklärt, dass es hier um die Genehmigung der Verwaltungskonten der Centres pour Personnes Âgées der Gemeinde Bartringen für das Jahr 2022 handele.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

09. Gemeindepersonal

A. Schaffung eines Postens für einen Gemeindebeamten

Bürgermeister Smit-Thijs führt aus, dass man für die Erweiterung des technischen Dienstes der Gemeinde einen weiteren Posten in der Laufbahn B1 schaffen wolle.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

10. Verkehr

A. Bestätigung von Notfall-Verkehrsregelungen

Rat Demuyser erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue de la Pétrusse handele, die vom 15. März bis 5. April 2024 gelte.



Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Rat Demuyser erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrs-Verordnung in der rue de Leudelange handele, die vom 15. bis 29. März 2024 gelte.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Rat Demuyser erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrs-Verordnung in der rue de Mamer handele, die von 11. März bis 11. Oktober 2024 gelte.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Rat Demuyser erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrs-Verordnung in der rue des Romaines handele, die vom 27. Februar bis 31. Mai 2024 gelte.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

11. Verschiedenes

A. Zur Kenntnisnahme der Statuten von lokalen Vereinigungen

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um die zur Kenntnisnahme der Statuten von zwei lokalen Vereinigungen handele. Zum einen gehe es um die Vereinigung „Coopération Luxembourg Algérie“, die vor allem die algerische Kultur promovieren und die Integration algerischer Einwanderer erleichtern wolle. Zum anderen gehe es um die Vereinigung „Sequenda“, die bereits ihren Sitz in der Gemeinde hatte und nun wiederkomme. Diese bilde Sänger auf hohem Niveau aus, besonders im Bereich Opern- und Operngesang.

Der Gemeinderat nimmt die Statuten beider Vereinigungen einstimmig zur Kenntnis.

Ende der Sitzung: 11.00



PROCÈS-VERBAL DE LA RÉUNION DU CONSEIL COMMUNAL

DU 22 MARS 2024 À 08H30

Présents :

DP	CSV	déi gréng
Monique SMIT-THIJS (bourgmestre)	Nadine SCHARES (conseillère)	Roger MILLER (conseiller)
Youri DE SMET (échevin)	Guy WEIRICH (conseiller)	Gabriella DAMJANOVIC (conseillère)
Frank COLABIANCHI (échevin)	Marc RAUCHS (conseiller)	
Frank DEMUYSER (conseiller)		
Marc LANG (conseiller)	LSAP	
Francine MORO (conseillère)	Yolande SCHUSTER (conseillère)	
Max AREND (conseiller)		

Georges FRANCK (secrétaire communal)

ORDRE DU JOUR

En séance ouverte :

01. | Approbation de l'ordre du jour

Séance à huis clos :

02. | Affaires du personnel
- A. SEA : démission d'un employé communal
 - B. Personnel communal : promotion d'un fonctionnaire communal

En séance ouverte :

03. | Informations et correspondance
04. | Contrats et actes notariés
- A. Contrat de mise à disposition d'emplacements pour l'implantation des infrastructures de charge pour véhicules électriques et hybrides : approbation
 - B. Contrats de bail conclus dans le cadre de la loi relative au logement abordable : approbation
 - C. Acte de cession de l'État du Grand-Duché de Luxembourg - rue de Luxembourg : approbation
 - D. Avenants aux contrats de mise à disposition - FLEX : approbation
05. | Urbanisme
- A. Modification ponctuelle du projet d'aménagement particulier « Pourpelt » : approbation

B. Lotissement de deux parcelles en un seul lot, rue Alphonse München : approbation

06. | Projets
- A. Réaménagement de la rue de Leudelage : approbation du décompte.

07. | Règlements
- A. Modification du règlement fixant les modalités d'inscription aux cours pour adultes et les droits d'inscription
 - B. Règlement relatif à l'allocation de subventions dans le cadre de la charte de développement durable des associations
 - C. Règlement relatif à la participation des citoyens de la commune de Bertrange au budget participatif
 - D. Adaptation du règlement-tarif du service d'enlèvement des ordures
 - E. Modification du règlement relatif à l'allocation d'une subvention communale pour véhicules
 - F. Modification du règlement interne du Service d'Éducation et d'Accueil de Bertrange

08. | Les Centres pour Personnes Âgées
- A. Approbation des comptes de gestion de l'année 2022

09. | Affaires du personnel
- A. Création de poste d'un fonctionnaire communal

10. | Circulation
- A. Confirmation de règlements de circulation d'urgence

11. | Divers
- A. Prise de connaissance des statuts d'associations locales



En séance ouverte :

01. Approbation de l'ordre du jour

Mme la bourgmestre Smit-Thijs souhaite la bienvenue aux membres du conseil communal dans la salle des réunions de la mairie et leur demande s'ils approuvent l'ordre du jour.

Le conseil communal approuve l'ordre du jour à l'unanimité.

Séance à huis clos :

02. Affaires du personnel

A. SEA : démission d'un employé communal

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

B. Personnel communal : promotion d'un fonctionnaire communal

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

En séance ouverte :

03. Informations et correspondance

Mme la bourgmestre Smit-Thijs informe les membres du conseil communal que tant la démission d'un employé communal que la promotion d'un fonctionnaire communal ont été approuvées en séance à huis clos.

Par ailleurs, Mme la bourgmestre Smit-Thijs expose ce qui suit :

- dans les Centres pour Personnes Âgées, 3 membres du conseil d'administration étaient sortants fin 2022 et 2 membres se sont présentés à la réélection. Le 22 mai 2023, le conseil communal a nommé 3 nouveaux membres pour un mandat de 5 ans, à savoir Marc Koppes, Fernand Fischer et Roswitha Dehmél. Lors de la première réunion du conseil d'administration, Marc Koppes a été confirmé au poste de président et Annie Pletgen-Schneider en tant que vice-présidente.
- les statistiques du service « Ruffbus Berti » pour janvier 2024 sont disponibles. 1.150 personnes ont fait appel à ce service, soit environ un tiers de plus qu'en janvier 2023, sachant qu'entre-temps deux bus circulent.
- la commune a obtenu du SICA le certificat pour 2023. Ce certificat fait état de la façon dont l'administration communale a géré le tri des déchets.
- les chiffres de la Superdreckskscht pour la commune de Bertrange ont également été communiqués. Ainsi, plus de 2.300 kg d'huiles usagées et environ 14.400 kg de résidus de peinture ont notamment été éliminés.

- les statistiques du système Flex pour 2023 sont disponibles. Il a été enregistré 1.830 réservations de la part de quelque 500 utilisateurs différents. Ces voitures sont utilisées en moyenne 4 heures par réservation, et la distance parcourue a été de 67.500 km.

À ce jour, le nombre de résidents est de 8.885.

La trésorerie s'élève à 20 millions d'euros.

04. Contrats et actes notariés

A. Contrat de mise à disposition d'emplacements pour l'implantation des infrastructures de charge pour véhicules électriques et hybrides : approbation

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que ce point de l'ordre du jour concerne la mise à disposition d'emplacements pour des stations de recharge supplémentaires. Le projet a été présenté au conseil communal lors de la réunion de travail du 16 janvier 2024. Il existe actuellement 700 bornes de recharge du fournisseur Chargy dans tout le pays. Comme il n'est actuellement plus possible de se procurer des bornes de recharge supplémentaires auprès de ce fournisseur, le choix s'est porté, après une analyse de marché, sur la société SWIO, qui fait partie du groupe Losch. Les emplacements entrant en ligne de compte ont fait l'objet d'une concertation préalable avec Creos. La commune met à disposition les emplacements, à savoir les places de stationnement, ainsi que les raccordements électriques, tandis que SWIO s'occupe de l'installation, de l'exploitation et de la gestion des bornes de recharge. Le contrat s'étend sur une durée de 9 ans, et SWIO paie 100 euros par an à la commune par place de stationnement. Deux bornes de recharge dites bornes duo seront installées prochainement à 5 endroits, ce qui signifie qu'au total 28 nouvelles bornes de recharge seront disponibles à 9 endroits.

M. le conseiller Miller voudrait savoir si le système SWIO est compatible avec d'autres systèmes, tels que Chargy. De plus, étant donné que les utilisateurs paient la recharge de leur poche, il se demande comment se présentent les prix par rapport à la concurrence ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que ce système est compatible. Pour ce qui est du prix, l'on verra au fil du temps si les résidents accueillent favorablement le système en question. Le fournisseur a bien entendu intérêt à offrir un bon rapport qualité/prix afin que le système soit utilisé, faute de quoi l'on aurait manqué l'objectif visé.

M. le conseiller Weirich souhaiterait connaître l'emplacement exact de la borne dans la rue de Dippach.

M. l'échevin De Smet indique que celui-ci ne se trouve pas dans la rue de Dippach, mais bien dans la rue des Platanes.

Mme la conseillère Schares aimerait savoir si SWIO verse un forfait de 100 euros par an à la commune ou s'il s'agit de 100 euros par an par place de stationnement.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que ce forfait annuel est de 100 euros par emplacement.

M. l'échevin De Smet désire revenir sur les propos de M. le conseiller Miller. L'exploitation des bornes de recharge Chargy fera prochainement l'objet d'un nouvel appel d'offres. Il ne peut donc pas être dans l'intérêt de SWIO de fixer un tarif trop élevé qui ne serait pas compétitif par rapport à celui des autres prestataires. De plus, il existe la possibilité de sanctionner les utilisateurs

bloquant une place de stationnement au-delà de la durée admise, ce au cas où ils rechargeraient leur voiture et ne libéreraient pas la place une fois la recharge terminée. On veut éviter de cette manière que ces places restent indisponibles pour d'autres personnes pendant plusieurs jours.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

B. Contrats de bail conclus dans le cadre de la loi relative au logement abordable : approbation

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il s'agit en l'espèce de 5 baux à loyer concernant le logement abordable. Depuis le 7 août 2023, une nouvelle loi sur le logement abordable est en vigueur. Tout est désormais réglé et fixé par la loi, ce qui implique une série de changements. Ainsi, les contrats de bail ne sont plus limités dans le temps. Par ailleurs, le ministère compétent fournit aux communes un modèle de calcul, leur permettant de déterminer les personnes pouvant prétendre à un tel logement et le montant du loyer à payer. Un autre changement consiste en ce que le calcul ne se fait plus au mètre carré. Les allocations familiales sont prises en compte dans le calcul du loyer, mais non pas pour déterminer si l'on a droit à un tel logement. Il ressort également clairement de cette loi qu'un enfant de plus de 12 ans doit avoir sa propre chambre, ce qui signifie que la famille concernée devrait, si possible, être logée dans un appartement plus grand à proximité. En collaboration avec le service social, la liste existante et les locataires actuels ont été passés en revue afin de trouver le locataire adéquat pour chaque logement. La nouvelle loi impose également une révision des contrats de bail existants et un nouveau calcul des loyers. La commune pourra dorénavant recalculer chaque année s'il y a lieu d'adapter les loyers et si les locataires peuvent toujours prétendre à l'appartement loué. Elle pourra ainsi louer un logement attrayant à un prix abordable à ces locataires qui n'ont pas les moyens financiers pour trouver un appartement sur le libre marché.

M. le conseiller Miller remercie Mme la bourgmestre Smit-Thijs pour ses explications. La nouvelle loi a introduit de grands changements. Il est étonnant de voir à quel point les loyers peuvent diverger, ce d'autant plus si l'on considère que chaque habitant du pays a droit au REVIS (revenu d'inclusion sociale) à partir de l'âge de 25 ans et qu'il existe malgré tout toujours ces énormes différences. Ainsi, il ressort également des documents qu'une mère monoparentale avec un enfant doit payer un loyer plus élevé qu'une personne célibataire. Il se pose en outre la question de savoir comment procéder lorsque le ménage s'agrandit en cours d'année, c'est-à-dire lorsqu'un couple attend un enfant. Ces locataires doivent-ils le signaler à la commune ? Si des parents avec un enfant vivent dans un appartement à une seule chambre à coucher et que l'enfant atteint l'âge de 12 ans, cette famille se verra obligée de déménager en vertu de la nouvelle loi. Or, la recherche d'un nouveau logement va toujours de pair avec des démarches considérables. Il a également noté que la loi prévoit expressément que les assistants sociaux auront désormais le droit de se rendre plus souvent sur les lieux pour veiller au bon ordre dans les appartements loués.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs précise qu'il s'agit ici de logements abordables destinés à des personnes éprouvant des difficultés à payer les loyers normaux. Elle est d'accord avec M. le conseiller Miller pour dire que la nouvelle loi apportera toute une série de changements.

M. l'échevin De Smet souhaite préciser que la nouvelle loi est plus précise et stipule des directives plus claires qu'auparavant. Les différences dans les calculs du loyer sont basées sur les données reçues des locataires. La commune a également pris soin de s'assurer auprès du ministère compétent de l'exactitude des calculs, étant donné que ce processus est nouveau et que l'on veut éviter de commettre des erreurs. La loi prévoit également que les locataires sont tenus de prévenir la commune dans un délai d'un mois en cas de changement intervenu dans le ménage. Il en va de même pour les changements de salaire. Sur la base

de ces nouvelles données, le loyer sera soit recalculé ou il y aura lieu de trouver un autre logement pour les locataires. Celui-ci ne doit pas nécessairement se situer dans la commune, mais dans un rayon proche. Cela vaut d'autant plus lorsque des enfants sont impliqués, ce afin qu'ils puissent continuer à fréquenter la même école. Le lieu de travail des locataires sera également pris en compte dans la recherche d'un nouveau logement. Le cadre légal plus strict facilitera le travail de la commune.

Mme la conseillère Schares s'étonne que les nouveaux contrats de bail ne soient plus limités dans le temps et que le prix au mètre carré ne joue plus aucun rôle. Les baux à durée illimitée viennent limiter le nombre de personnes susceptibles de pouvoir bénéficier d'une aide. Avant l'entrée en vigueur de la nouvelle loi et avec la durée limitée des baux, ceci était plus facile. Elle se demande également si le nouveau système de calcul a entraîné de grandes différences de prix, à savoir une forte augmentation ou baisse des loyers. Il a été procédé ou il sera procédé aux différents états des lieux. Les visites intermittentes, rendues possibles par la nouvelle loi, seront-elles effectuées par l'office social ou seront-elles du ressort de la commune ? Il est actuellement question de 5 contrats de bail, et elle voudrait savoir s'il s'agit de la totalité des contrats ou s'il en reste d'autres à adapter ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond qu'il reste d'autres contrats à adapter et qu'il y a également lieu de vérifier si les logements existants sont correctement attribués selon la nouvelle loi. Les locataires ne sont pas tous en contact avec l'office social comme il ne s'agit pas exclusivement de personnes en détresse sociale. En ce qui concerne les contrats à durée indéterminée, elle souhaite ajouter que le nouveau Pacte logement 2.0 permettra de créer davantage de logements abordables et que cette évolution empêchera également que les locataires doivent changer de logement trop souvent, tant qu'ils répondent aux critères.

M. l'échevin De Smet cite un cas concret d'augmentation du loyer du logement abordable suite au nouveau calcul par rapport au loyer payé actuellement par la personne en question. Il souhaite également souligner que les locataires qui ne répondent plus aux critères disposent de 12 mois pour chercher un nouveau logement.

Mme la conseillère Schuster remercie tous les intervenants pour leurs explications. Les nouvelles dispositions sont un défi pour tous ceux qui en sont concernés d'une manière ou d'une autre. Par ailleurs, il y aura encore des adaptations, sans parler du RENLA, le Registre national du logement abordable. Elle part cependant du principe que tous s'habitueront au nouveau système. Elle aimerait connaître le nombre de logements loués actuellement par la commune.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique qu'il s'agit de 10 logements.

Ce point est adopté à l'unanimité.

C. Acte de cession de l'État du Grand-Duché de Luxembourg - rue de Luxembourg : approbation

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que ce point de l'ordre du jour concerne deux parcelles sises rue de Luxembourg, acquises par la commune de Bertrange de l'État du Luxembourg. Les parcelles ont une superficie respective de 5,77 ares et 4,75 ares et se trouvent en grande partie dans une zone verte. Le prix est d'un peu moins de 32.000 euros.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

D. Avenants aux contrats de mise à disposition - FLEX : approbation

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique qu'il s'agit en l'occurrence d'avenants aux contrats existants. Concrètement, ils concernent des places de stationnement mises à la disposition de FLEX. Les contrats initiaux ont été signés le 29 septembre 2020 respectivement le 28 janvier 2022, ce pour un total de 3 emplacements et 3 voitures au centre du village et à Helfent. Le troisième emplacement avec voiture au centre du village n'est venu s'ajouter que l'année dernière et est régi par un autre contrat. Les prix pour les voitures existantes seront adaptés de manière uniforme à 765,20 euros, ce tant pour les voitures à moteur à combustion que pour les voitures électriques. Ce prix sera applicable à compter du 1er avril 2024.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

05. Urbanisme

A. Modification ponctuelle du projet d'aménagement particulier « Pourpelt » : approbation

M. l'échevin De Smet indique que ce point concerne une modification ponctuelle du projet d'aménagement particulier « Pourpelt ». Concrètement, il s'agit des lots 64 et 65 sur lesquels seront construits des immeubles à appartements. Il s'agit d'une modification minime, la corniche sera surélevée d'un mètre, alors qu'il est prévu d'installer des commerces au rez-de-chaussée, ce qui fait tout à fait sens dans un nouveau quartier. Le collège échevinal a approuvé cette modification et le projet a été affiché. Aucune objection n'a été formulée par les citoyens et le ministère compétent a également approuvé la modification. Mise à part cette surélévation, tout restera inchangé.



Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

B. Lotissement de deux parcelles en un seul lot, rue Alphonse München : approbation

M. l'échevin De Smet précise qu'il s'agit en l'espèce de deux parcelles situées à Bertrange « rue Alphonse München ». Celles-ci doivent être regroupées en 1 seul lot en vue d'un aménagement ultérieur.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.



06. Projets

A. Réaménagement de la rue de Leudelange : approbation du décompte.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il s'agit ici du décompte concernant le réaménagement de la rue de Leudelange. Le montant total s'élève à 3.422.250,03 euros et est inférieur au budget prévu.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

07. Règlements

A. Modification du règlement fixant les modalités d'inscription aux cours pour adultes et les droits d'inscription

Mme la bourgmestre Smit-Thijs fait remarquer que le conseil communal a déjà voté en date du 2 février 2024 les nouveaux tarifs concernant les cours pour adultes. Il s'agit à présent de modifications mineures dans le texte concernant les inscriptions. Ainsi, les intéressés ne seront admis à un cours qu'à condition d'avoir reçu la lettre de confirmation de la commune avec invitation de procéder au paiement. Comme par le passé, les tarifs sont à régler avant le début du cours. En outre, le texte précise à présent que l'inscription est nominative et non transmissible. En cas d'annulation unique, les participants ne pourront pas prétendre à un remboursement. Ce droit ne s'applique que si le cours est annulé pour tout le semestre. En outre, il ne sera pas possible de prétendre à un remboursement si l'on décide personnellement de ne pas participer au cours. Ces modifications visent à rendre le texte plus clair.

M. le conseiller Weirich se montre surpris, vu que lors de la réunion du 2 février 2024, il avait explicitement posé la question quant à la gestion des annulations de cours. On lui avait fourni des explications valables et plausibles à ce sujet. Il avait été déclaré entre autres dans ce contexte qu'il serait possible de rattraper les cours annulés à une date ultérieure. Or, le texte actuel réfute cette possibilité en indiquant clairement que les cours annulés ne seront pas rattrapés. Il propose donc de modifier le texte de manière à ce que les cours annulés soient rattrapés dans la mesure du possible. Le remboursement ne se fera que si le cours entier est annulé. Comment compte-t-on gérer l'annulation de plusieurs cours ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que les responsables s'efforceront de trouver un remplaçant ou une autre solution qui satisfasse tout le monde. Elle souhaite également souligner que les cours annulés seront rattrapés dans la



mesure du possible, même si cette possibilité ne figure pas dans le texte. Elle donne raison à M. le conseiller Weirich et fait savoir que la modification de texte proposée sera introduite avec l'accord du conseil communal.

M. le conseiller Miller souhaiterait savoir comment sont gérées les inscriptions aux cours de langue au cas où une personne s'inscrit à un cours pour lequel elle ne remplit pas les conditions requises. Dans ce cas, les frais sont-ils remboursés ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs fait remarquer que, selon ses informations, un tel cas ne s'est jamais présenté. Elle suppose toutefois que dans cette éventualité, le droit d'inscription sera remboursé.

Mme la conseillère Schuster se rallie aux déclarations des autres partis de l'opposition.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Règlement relatif à l'allocation de subventions dans le cadre de la charte de développement durable des associations

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique que l'objectif de ce règlement consiste à impliquer les associations et renforcer ainsi le caractère durable des manifestations. La commune a signé le 22 avril 2021 le Pacte Climat 2, après avoir signé le Pacte Climat 1 en 2013. En collaboration avec les associations et la commission Pacte Climat, l'administration communale a élaboré une charte énergie-climat-environnement qui fait également partie de ce règlement. Celle-ci prévoit trois subventions auxquelles les associations peuvent prétendre et qui sont également prises en compte lors des subsides ordinaires. Les associations qui souscrivent à la charte reçoivent 250 euros, celles qui obtiennent le label « Green Event » 500 euros, et celles qui se voient attribuer le label « Mir engagieren eis » 250 euros. De plus, la charte définit tout ce dont les associations peuvent tenir compte. Elle espère que de nombreuses associations emprunteront cette voie.

M. le conseiller Weirich salue le fait que le texte ait été soumis pour révision aux différentes associations avant sa finalisation. Une des associations a proposé un complément qui a été intégré dans le règlement définitif. Le contenu de la charte est pertinent bien que l'on y retrouve un certain nombre d'évidences. Il propose de traduire le texte luxembourgeois dans d'autres langues afin de répondre aux besoins de chaque association.

M. l'échevin De Smet répond que ladite charte sera encore traduite en français et en anglais. En outre, il sera ajouté un guide pratique au document. Le but est de disposer d'un document évolutif susceptible de pouvoir être adapté et modifié en fonction des besoins. Les associations y trouveraient toutes les adresses importantes, les labels, etc. Il est prévu de faire signer cette charte par les associations le 24 avril 2024 à la mairie. D'ici là, le guide pratique et le site Internet seront prêts. Les responsables communaux souhaitent ainsi soutenir les associations qui aspirent à obtenir l'un des labels prévus, le label « Green Event » étant particulièrement exigeant.

M. le conseiller Rauchs approuve à la fois la charte et le fait que les associations soient soutenues financièrement. Il importe seulement de veiller à ce que le guide pratique soit et reste un document évolutif. Les associations devraient également avoir la possibilité de soumettre une fois par an à la commune une liste des activités qui correspondent à la charte. Cela permettrait d'introduire à long terme un système d'évaluation supplémentaire.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs fait remarquer que l'on n'instaure pas une chose aujourd'hui pour l'oublier le lendemain. On continuera à travailler sur ce document.

M. l'échevin De Smet souligne qu'il est également envisagé de dresser un bilan avec les associations au bout d'une année, afin de constater ce qui a bien ou moins bien fonctionné. La collaboration des associations est indispensable à cet égard. Il serait éventuellement opportun de leur faire parvenir un questionnaire dans le cadre des subsides.

M. le conseiller Miller déclare que son groupe salue également cette charte. Il tient toutefois à souligner qu'un label tel que « Green Event » est extrêmement exigeant et répond à des critères bien plus stricts que ceux de la charte. La commune est appelée ici à donner un coup de main aux associations et à mettre à leur disposition le matériel adéquat, sans quoi il est pratiquement impossible pour une association d'obtenir ce label.

M. l'échevin De Smet répond que les responsables communaux en sont conscients et que c'est d'ailleurs le rôle de la commune de mettre à disposition le matériel adéquat.

Mme la conseillère Schuster fait remarquer que la collaboration au sein de la commission Pacte Climat a très bien fonctionné. Il importe de noter que la charte n'a rien d'une obligation mais est plutôt destinée à inciter les associations à être plus responsables. Il faut que les membres des associations soient régulièrement sensibilisés. La charte est un document évolutif susceptible d'être adapté en fonction des besoins. Elle note que le tri des déchets est un sujet récurrent, en particulier lors des manifestations de grande envergure, et que cette problématique sera mieux résolue à l'avenir. Elle salue également le soutien financier supplémentaire pour les associations.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que cette charte a pour objectif de permettre aux associations de se lancer plus facilement dans cette voie.

Mme la conseillère Schares ajoute qu'il faut aussi laisser aux associations le temps nécessaire à la mise en œuvre. Lesdits labels ne s'obtiennent en effet pas du jour au lendemain. Les changements à implémenter impliqueront par ailleurs des coûts. C'est la raison pour laquelle elle salue également le fait que la commune veuille apporter un soutien financier supplémentaire aux associations qui s'efforcent d'obtenir ces labels. Dans la charte en question, il n'est question que des associations. Elle part cependant du principe que tout ceci s'appliquera également aux manifestations organisées par la commune.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que le tout vaudra bien entendu aussi pour la commune.

M. l'échevin De Smet explique que l'on procédera évidemment de la même manière pour les manifestations communales. Il s'agit toutefois d'utiliser tout d'abord les réserves existantes jusqu'à leur épuisement.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

C. Règlement relatif à la participation des citoyens de la commune de Bertrange au budget participatif

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il s'agit en l'occurrence d'un nouveau budget participatif dans le but de faire participer activement les citoyens aux processus décisionnels de la commune. Dans ce contexte, il est prévu de mettre une partie du budget communal à la disposition des citoyens de Bertrange. Cela leur permettra d'élaborer des projets, de les soumettre au vote et de mettre en œuvre le projet choisi. Le montant afférent est fixé à 100.000 euros pour

deux ans. Les projets élaborés devront être réalisés sur le territoire de la commune. Il y aura différentes étapes : les projets devront être déposés, ils seront soumis à une analyse de faisabilité, puis au vote, suite à quoi le projet sera réalisé pour faire finalement l'objet d'une évaluation globale. Chaque habitant de la commune de Bertrange âgé de plus de 14 ans pourra participer. Il pourra s'agir aussi bien de personnes individuelles que de groupes ou d'associations locales. Pour chaque projet soumis, il y aura lieu de nommer un responsable. Les représentants élus des partis politiques, c'est-à-dire le conseil communal, et les agents de l'administration communale ne pourront pas être porteurs de projets. Le collège échevinal propose au conseil communal d'élargir cette liste aux partis politiques. Le projet pourra être soumis en ligne au moyen du formulaire prévu à cet effet. Le type de projets possibles et les critères ont également été définis. En cas de soumission de projets similaires avec le même objectif, l'on s'efforcera de les regrouper. Un comité de suivi sera chargé de valider les projets répondant aux critères. Quant aux projets rejetés, le comité indiquera les raisons pour lesquelles le projet n'a pas été retenu. Le vote se fera sur la plateforme en ligne prévue à cet effet, de sorte que chacun ne pourra émettre qu'une seule voix. Le projet qui aura obtenu le plus de voix sera ensuite mis en œuvre. En cas de fonds excédentaires, ceux-ci seront affectés au prochain projet retenu. L'on se trouve actuellement dans la phase de concrétisation, et il faudra voir ce qui ressortira de ce projet. Le comité de suivi se compose de représentants de l'administration communale et d'au moins un membre du collège échevinal. Aucun porteur d'un projet ne pourra faire partie du comité. Le comité pourra toutefois faire appel à des experts. Les projets retenus seront également soumis au vote du conseil communal. Il est prévu de tenir les citoyens informés à chaque étape, vu l'importance de les impliquer en permanence. Mais il faut également pouvoir leur expliquer le déroulement et les raisons pour lesquelles un projet est rejeté. Cela permet de susciter davantage l'intérêt des citoyens pour la politique. Elle se réjouit du fait que l'on fournisse par ce biais aux citoyens la possibilité de s'impliquer activement. Par ailleurs, elle est curieuse de voir les projets qui seront présentés.

Mme la conseillère Schuster fait remarquer qu'elle salue pour sa part cette initiative. Chaque citoyen, jeune ou plus âgé, vit dans un quartier différent et a d'autres besoins et idées. Elle estime donc que c'est une bonne chose que chacun puisse s'impliquer. Les citoyens auront ainsi la possibilité de soumettre ces suggestions directement au vote. Cette initiative permettra également de les sensibiliser dans une certaine mesure et de les faire participer à l'aménagement du village.

M. le conseiller Miller ajoute qu'il ne peut que se rallier à l'avis de Mme la conseillère Schuster. Les citoyens pourront désormais s'impliquer activement et prendre part aux décisions. Ce type de participation existe depuis longtemps à Vienne et y est fortement apprécié. Il a cependant encore une question concernant le comité de suivi. Celui-ci se compose de représentants de l'administration communale et d'un membre du collège échevinal. Ne pourrait-on pas l'élargir, d'autant plus que les représentants communaux relèvent du conseil communal ? Ne pourrait-on pas convoquer des membres supplémentaires issus de la société civile ? Cela permettrait d'élargir l'avis sur le vote et de mieux justifier le rejet d'un projet. Les membres supplémentaires pourraient également être issus des associations locales ou des partis. Il souhaiterait en outre savoir à partir de quand ce projet est supposé démarrer, étant donné que le budget 2024 ne prévoit aucun poste correspondant.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que le vote au sein du conseil communal est synonyme de coup d'envoi. Ensuite, l'on se penchera sur la planification et la mise en œuvre ultérieures de ce projet. Par ailleurs, les citoyens auront également besoin de temps pour réfléchir à leurs projets et les soumettre. Le lancement se fera donc selon toute vraisemblance en 2025.

M. l'échevin De Smet ajoute qu'il existe déjà de telles plateformes qui fonctionnent sur le plan national, tel que dans les communes de Dudelange et de Roeser. Il est possible de consulter les sites respectifs pour se faire une idée du fonctionnement tel qu'il est prévu à Bertrange. Chaque projet déposé est rendu public et l'on y explique également les raisons pour la non-réalisation d'un projet. Tous les projets retenus sont présentés au conseil communal lors d'une réunion de travail. Chaque citoyen inscrit sur la plateforme peut participer au vote.

Mme la conseillère Schares fait remarquer que son groupe se rallie au feedback positif et qu'il avait d'ailleurs déjà inscrit une telle participation citoyenne à son programme électoral. En donnant aux citoyens la possibilité de soumettre leurs idées et leurs projets, ils se rendront compte que l'on ne peut pas tout mettre en œuvre du jour au lendemain, mais que de tels projets prennent du temps et qu'il faut respecter certaines procédures. Cela pourrait ainsi contribuer à une meilleure compréhension de la politique. Elle partage l'idée de M. le conseiller Miller d'élargir le comité de suivi, que ce soit par des membres issus de la société civile ou des membres du conseil communal, notamment de l'opposition. Elle se demande en outre comment l'information parviendra aux citoyens. Il existe certes la plateforme en ligne, mais tout le monde n'a pas accès à Internet ou les connaissances nécessaires en la matière. En sus, le texte prévoit que les citoyens ayant déposé un projet pourront être convoqués en tant qu'experts au sein du comité de suivi. Elle va jusqu'à se demander s'il ne serait pas impératif de le faire pour qu'ils y présentent leur projet et continuent à participer à son élaboration ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que l'information relative aux projets retenus ne se fera pas uniquement en ligne, mais qu'il existe également d'autres possibilités. Elle ne peut que spéculer, mais elle part du principe que la commune sera inondée de projets. Pour les projets qui, d'office, ne sont manifestement pas réalisables, cela ne fait aucun sens à son avis de convoquer les initiateurs pour les soumettre au comité. Comme il est actuellement impossible d'estimer la charge de travail, cette formulation laisse toutes les possibilités ouvertes.

M. l'échevin De Smet ajoute que le règlement actuel est basé sur un texte français. Le texte a été adapté à plusieurs reprises sur la base des expériences des communes françaises qui travaillent avec ce règlement. Dans un premier temps, le texte actuel se laisse plus facilement mettre en œuvre, mais il pourra être adapté à tout moment en cas de besoin. En ce qui concerne le comité de suivi, le potentiel de discussion augmente de manière exponentielle avec le nombre de membres. Les citoyens se trouvent impliqués dans les décisions de par leur vote.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs ajoute qu'on ne décidera certainement pas de ces projets au sein du seul collège échevinal. Tout rejet de projet sera justifié publiquement. Cette initiative prendra forme au fil du temps et sera adaptée le cas échéant, tel que mentionné précédemment.

M. le conseiller Weirich fait remarquer qu'une telle initiative ne peut que stimuler la démocratie. Il souhaite souligner qu'il est important d'encourager l'échange avec les citoyens qui ont déposé un projet. Ce n'est qu'ensuite que l'on peut déterminer si un projet est réalisable ou non. Il souhaite toutefois insister encore sur un autre point. Il est d'avis que l'on devrait faire preuve d'un peu plus de courage, se montrer un peu plus conséquent et plus libéral. Le terme « Vivre-ensemble » a été sciemment utilisé dans ce texte. Il repose sur une définition bien spécifique. Il ne suffit pas d'inclure les habitants de la commune, mais également les personnes travaillant sur le territoire de la commune, indépendamment de leur lieu de résidence. C'est d'ailleurs ce qui a été discuté lors de la composition de la commission du même nom. Un regard de l'extérieur ne fait jamais de mal. C'est la raison pour laquelle il propose d'inclure également les personnes qui travaillent sur le territoire de la commune.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs donne en principe raison à M. le conseiller Weirich, tout en précisant que cela susciterait un problème lors au vote, lequel se limite aux seules personnes résidant dans la commune. L'idée n'est pas mauvaise en soi mais risque d'entraîner encore d'autres problèmes.

M. le conseiller Weirich admet qu'il s'agit d'une difficulté à laquelle il faut trouver une solution.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond qu'il s'agit en premier lieu d'impliquer davantage les habitants de la commune.

M. le conseiller Demuyser aimerait souligner que l'argent pour la réalisation de ce projet est en fait celui des habitants de Bertrange. Il estime donc que les idées doivent également provenir des habitants de la commune.

M. le conseiller Lang fait remarquer que M. le conseiller Weirich s'est référé ici à l'ancienne commission d'intégration. Il est important de planifier et d'agir avec clairvoyance, sans oublier pour autant de donner la priorité aux habitants de la commune. La loi ouvre la possibilité d'intégrer dans la commission des personnes vivant en dehors de la commune. Mais il estime que, dans le cadre de ce projet, l'accent devrait être mis sur les habitants de Bertrange et leur quotidien.

M. l'échevin De Smet ajoute que l'on pourrait donner la possibilité aux entreprises en tant que telles de soumettre des projets, tout en laissant les citoyens de Bertrange voter à ce sujet. Il pense que cela serait un compromis réalisable.

M. le conseiller Rauchs trouve dangereux de consentir une telle prééminence aux entreprises. Peut-être serait-il préférable de limiter la participation aux salariés non-résidents.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que l'on s'attend à une grande participation et qu'il est difficile de vérifier pour chaque participant s'il travaille dans la commune. Elle estime que la proposition de soumission de projets par les entreprises locales serait une possibilité d'impliquer les salariés non-résidents.

M. l'échevin De Smet souligne qu'il y a tout d'abord lieu de se familiariser avec la plateforme et ses fonctionnalités. La première réunion pour discuter de la conception de la plateforme aura lieu prochainement et dans ce cadre, l'on aura l'occasion de soulever ces questions.

Mme la conseillère Schares fait remarquer que le projet pourrait démarrer comme prévu et qu'il sera toujours possible d'y apporter des modifications ultérieurement.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs conclut en indiquant que le projet sera lancé tel quel et qu'il sera adapté si nécessaire.

Mme la conseillère Schuster fait observer que les intérêts des salariés non-résidents divergent fortement de ceux des habitants de la commune. Si l'on devait décider ultérieurement de les inclure, il faut s'assurer que les projets soumis ne profitent pas uniquement à un groupe cible très spécifique. Il se pourrait donc que certains projets ne soient pas admissibles dès le départ.

Ce point est adopté à l'unanimité.

D. Adaptation du règlement-tarif du service d'enlèvement des ordures

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que ce point a déjà été discuté et voté lors de la réunion du conseil communal du 2 février 2024. Le règlement a été

envoyé au ministère compétent pour approbation et a été critiqué au sujet d'une phrase qui enfreint l'article 1202 du Code civil. Elle suggère au conseil communal de supprimer cette phrase.

Ce point est adopté à l'unanimité.

E. Modification du règlement relatif à l'allocation d'une subvention communale pour véhicules

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il ne s'agit ici que d'une petite modification. Il ne suffit pas d'être domicilié dans la commune pour pouvoir prétendre à cette subvention, mais il faut également être citoyen de Bertrange au moment de l'acquisition. À défaut, il est impossible de contrôler si le demandeur n'a pas déjà perçu de subvention dans d'autres communes.

Ce point est adopté à l'unanimité.

F. Modification du règlement interne du Service d'Éducation et d'Accueil de Bertrange

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il s'agit ici de l'adaptation du règlement interne du SEA, suite à une demande urgente de ce dernier. De nombreuses choses que l'on considère comme acquises ne le sont en fait plus dans la société et peuvent susciter des problèmes. Il y a certainement des points à discuter, mais il s'agit en l'espèce du fonctionnement d'une structure d'accueil pour laquelle une telle adaptation est indispensable. Le texte a donc été complété et stipule désormais que les enfants encadrés doivent se comporter de manière respectueuse envers autrui. Certains enfants présentent des troubles du comportement dès leur plus jeune âge. Parallèlement, il convient d'utiliser les infrastructures et le matériel mis à disposition de manière respectueuse. Ces adaptations sont nécessaires pour pouvoir appliquer des sanctions si cela s'avérait vraiment nécessaire. Ainsi, il est dorénavant possible d'exclure temporairement ou définitivement des enfants de la structure d'accueil. Il s'agit d'une décision grave qui ne sera appliquée qu'en cas d'extrême nécessité. Cependant, les parents et les enfants doivent prendre conscience qu'un comportement inadéquat entraîne des conséquences. Cette mesure vise également à protéger les autres enfants et le personnel d'encadrement. Il est par ailleurs interdit aux enfants d'apporter des jouets personnels ou des sucreries à la structure d'accueil. En cas de dégâts survenant à des objets personnels qui seraient ramenés en dépit de cette interdiction, la responsabilité n'incombera pas au SEA, mais aux parents ou à l'enfant. Il est également précisé qu'il est interdit de fumer dans le bâtiment et sur le site du SEA.

Mme la conseillère Schares se dit effrayée que de telles mesures soient nécessaires. Elle trouve grave que l'on en soit arrivé là. Si l'on procède à ces adaptations, c'est pour la seule raison que ces problèmes sont bien présents et que les enfants ne se comportent pas comme il se doit. Ce qui était une évidence il y a quelques années semble ne plus l'être actuellement, du moins en partie. Elle se demande ce qui est à l'origine de cette situation. Serait-ce dû à l'encadrement des enfants durant la journée entière ? C'est sûrement une explication possible, mais il faut tenir compte de plusieurs facteurs dans ce contexte. Si cela permet de fournir des moyens d'action au personnel responsable, le texte devrait et doit être adapté. On ne peut que plaindre le personnel exposé à de telles situations. Le personnel a-t-il la possibilité de participer à des formations continues qui le prépareraient à de telles situations ? Comment se présente la problématique à l'école ? L'interdiction de fumer concerne-t-elle les parents et les éducateurs ou les enfants ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond qu'il existe des problèmes similaires à l'école. L'interdiction de fumer s'applique globalement à tous ceux qui se trouvent dans l'enceinte du SEA. Elle donne raison à Mme la conseillère Schares qu'il

est triste de devoir prendre de telles mesures draconiennes et de les consigner dans le règlement interne. Il ne s'agit pas non plus de renoncer à discuter avec les parents et cette piste continuera à être privilégiée. Toutefois, le sentiment prévaut que, sans l'annonce de conséquences, une prise de conscience est devenue impossible. Chaque enfant mérite d'être protégé, mais cela vaut également pour tous les enfants et pour le personnel de la structure d'accueil.

Mme la conseillère Damjanovic déclare qu'elle approuve la majeure partie des arguments, mais ne peut accepter que l'on veuille exclure des enfants de la structure d'accueil. Elle sait que le comportement de certains enfants est problématique, mais elle trouve une telle conséquence trop radicale. Les enfants qui présentent des problèmes de comportement souffrent d'une détresse plus profonde, et il est important de se pencher sur ce problème et d'aider les enfants concernés. Il serait peut-être utile que le personnel puisse bénéficier de formations continues supplémentaires ou que l'on s'associe au forum des parents désormais installé à Bertrange, ou encore que l'on fasse appel à des experts externes. Elle se demande s'il ne serait pas possible de prévoir également des conséquences pour les parents qui refusent de s'impliquer. Il est vrai que de nombreux parents sont simplement dépassés. Les conséquences d'une exclusion seraient extrêmement traumatisantes pour les enfants concernés.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs réplique que l'exclusion est la solution ultime après que tout le reste ait échoué.

M. l'échevin De Smet ajoute qu'il s'agit en l'occurrence de prévoir un moyen d'action pour les cas difficiles, dont tout un chacun sera conscient étant donné que les parents sont tenus de signer le règlement interne. Avant d'en arriver à l'extrême, de nombreux entretiens auront déjà eu lieu.

Mme la conseillère Schuster demande comment se passe l'échange entre les éducateurs et les parents. Les parents concernés sont-ils dirigés vers d'autres services d'aide où ils peuvent obtenir des conseils ou une assistance supplémentaire ? Cet aspect est important vu que de nombreux parents ne savent pas à qui s'adresser.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique que la recherche du dialogue est toujours privilégiée. Les éducateurs sont informés des possibilités et sont également en contact avec les différents services d'aide. Un échange a également lieu entre le SEA et l'école, étant donné qu'ils sont souvent confrontés à des problèmes identiques. Il s'agit en premier lieu de chercher des solutions par le dialogue pour éviter que l'on doive avoir recours à des sanctions, ce dans l'intérêt de toutes les personnes concernées.

Mme la conseillère Schuster fait remarquer que ce comportement peut également être observé dans les clubs de sport. Les enfants ne parviennent plus à se concentrer ou à écouter et perturbent en partie l'entraînement des autres. Le même constat vaut pour tous les autres domaines, que ce soit l'école, l'accueil extra-scolaire ou la vie privée. Les enfants souffrant de troubles du comportement sont en mal d'aide et d'attention.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs ajoute qu'il est d'autant plus important que les enfants trouvent un équilibre dans le sport, et que le LASEP joue également un rôle non négligeable à cet égard. Il ne faudra pas non plus sous-estimer l'importance d'une alimentation équilibrée et adaptée. Les responsables voudraient offrir la possibilité d'entamer une discussion qui aille dans la bonne direction. Et ce, également en collaboration avec l'école.

M. le conseiller Weirich fait observer que les propos qui précèdent sont précieux et qu'il ne peut que s'y rallier. Il s'agit d'un problème à la fois individuel et social, ce qui le rend d'autant plus complexe. Un article est paru dans la presse, dans lequel des éducateurs ont tiré la sonnette d'alarme et appelé au secours. Il est

donc évident que le problème n'existe pas seulement à Bertrange. Le règlement, c'est-à-dire le papier, est indulgent. Il ne suffit pas d'adapter le texte pour changer les comportements. Or, comme déjà expliqué, il s'agit là d'un moyen d'action. L'abréviation SEA comporte notamment le mot éducation, ce qui engendre des attentes élevées vis-à-vis des éducateurs. L'éducation est un sujet complexe, dans lequel les modèles à imiter jouent également un rôle. Il ignore la façon dont le SEA est organisé en interne, si un psychologue se trouve par exemple sur place. Le rôle du conseil communal consiste à créer le contexte pour aider les enfants souffrant de troubles du comportement et à donner aux éducateurs un moyen d'action en cas de résistance absolue aux conseils donnés.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que le concept du SEA de Bertrange a récolté des louanges de la part du ministère et que des éducateurs d'autres structures s'en inspirent pour mettre des idées similaires en pratique. Le métier d'éducateur est un métier à multiples facettes, ce qui n'empêche pas que l'éducation doit avant tout se faire à la maison et non seulement dans des structures d'accueil. Ceci n'est certes pas facile lorsque les enfants se retrouvent du matin au soir dans les structures d'accueil. Tous s'efforcent de répondre le mieux possible à ces problèmes et de trouver des solutions.

Mme la conseillère Damjanovic n'est pas d'accord avec cette déclaration de Mme la bourgmestre Smit-Thijs. Elle souhaite prendre la défense de tous les parents qui exercent une activité professionnelle. Ce n'est pas forcément la quantité mais bien la qualité du temps que les parents passent avec leurs enfants qui compte. Les règles sont essentielles, et le fait qu'elles n'existent plus est un problème de société. Elle plaint les enfants qui se trouvent de plus en plus marginalisés par leurs troubles du comportement.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs est d'accord sur le fait que c'est surtout la qualité du temps que les parents passent avec leurs enfants qui est importante et ajoute qu'à Bertrange, on s'efforce d'encadrer tous les enfants le mieux possible.

Ce point est adopté à l'unanimité.

08. Les Centres pour Personnes Âgées de la commune de Bertrange

A. Approbation des comptes de gestion de l'année 2022

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il s'agit en l'espèce de l'approbation des comptes de gestion des Centres pour Personnes Âgées de la commune de Bertrange pour l'année 2022.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

09. Affaires du personnel

A. Création de poste d'un fonctionnaire communal

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que l'on souhaite créer un poste supplémentaire dans la carrière B1 pour renforcer le service technique de la commune.

Ce point est adopté à l'unanimité.

10. Circulation

A. Confirmation de règlements de circulation d'urgence

M. le conseiller Demuyser explique qu'il s'agit ici d'un règlement temporaire de la circulation dans la rue de la Pétrusse, valable du 15 mars au 5 avril 2024.



Ce point est adopté à l'unanimité.

M. le conseiller Demuyser explique qu'il s'agit ici d'un règlement temporaire de la circulation dans la rue de Leudelange, valable du 15 au 29 mars 2024.

Ce point est adopté à l'unanimité.

M. Le conseiller Demuyser explique qu'il s'agit ici d'un règlement temporaire de la circulation dans la rue de Mamer, valable du 11 mars au 11 octobre 2024.

Ce point est adopté à l'unanimité.

M. le conseiller Demuyser explique qu'il s'agit ici d'un règlement temporaire de la circulation dans la rue des Romains, valable du 27 février au 31 mai 2024.

Ce point est adopté à l'unanimité.

11. Divers

A. Prise de connaissance des statuts d'associations locales

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique qu'il s'agit en l'occurrence de prendre connaissance des statuts de deux associations locales. Il s'agit d'une part de l'association « Coopération Luxembourg Algérie », dont l'objectif principal est de promouvoir la culture algérienne et de faciliter l'intégration des immigrés algériens. Quant à l'autre, il s'agit de l'association « Sequenda », qui avait à l'époque son siège dans la commune et qui y revient maintenant. Cette association forme des chanteurs de haut niveau, notamment des chanteurs lyriques et des chefs de chant.

Le conseil communal prend acte à l'unanimité des statuts des deux associations.

La séance est levée à 11h00.

MINUTES OF THE MEETING OF THE MUNICIPAL COUNCIL

HELD ON 22 MARCH 2024 AT 8:30 A.M.

Present:

DP

Monique SMIT-THIJS (Mayor)
Youri DE SMET (Alderman)
Frank COLABIANCHI (Alderman)
Frank DEMUYSER (Councillor)
Marc LANG (Councillor)
Francine MORO (Councillor)
Max AREND (Councillor)

CSV

Nadine SCHARES (Councillor)
Guy WEIRICH (Councillor)
Marc RAUCHS (Councillor)

LSAP

Yolande SCHUSTER (Councillor)

déi gréng

Roger MILLER (Councillor)
Gabriella DAMJANOVIC (Councillor)

Georges FRANCK (Secretary)

Agenda

In public session:

01. | Approval of the agenda

In closed session:

02. | Personnel management
A. Childhood education and care (SEA): Resignation of a municipal employee
B. Municipal staff: Promotion of a municipal official

In public session:

03. | Information and correspondence
04. | Contracts and notarial deeds
A. Contract concerning the provision of locations for installing charging infrastructure for electric and hybrid vehicles: Approval
B. Tenancy agreements concluded under the Law on affordable housing: Approval
C. Deed of transfer of the State of Luxembourg – rue de Luxembourg: Approval
D. Additions to the service contracts – FLEX: Approval
05. | Town planning
A. Selective amendment of the "Pourpelt" special development plan: Approval

B. Merging of two parcels into one lot, rue Alphonse München: Approval
06. | Projects
A. Redesign of rue de Leudelange: Approval of statement of costs
07. | Regulations
A. Amendment of the regulation determining the conditions for participating in adult courses and the enrolment fees
B. Regulation concerning the granting of subsidies within the framework of the charter for the sustainable development of associations
C. Regulation concerning participation of the citizens of the Municipality of Bertrange in the participatory budget
D. Adjustment of the fee regulation for waste disposal services
E. Amendment of the regulation concerning the granting of a municipal subsidy for vehicles
F. Adjustment of the internal regulation of the SEA
08. | The Centres pour Personnes Âgées
A. Approval of the administrative accounts for 2022
09. | Municipal staff
A. Creation of a position for a municipal official
10. | Traffic
A. Confirmation of emergency traffic regulations
11. | Miscellaneous
A. Acknowledgement of the statutes of local associations



In public session:

01. Approval of the agenda

Mayor Smit-Thijs welcomes the Councillors to the municipal meeting room and asks whether they approve the agenda.

The Municipal Council unanimously approves the agenda.

In closed session:

02. Personnel management

A. Childhood education and care (SEA): Resignation of a municipal employee

Since the deliberations took place in camera, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

B. Municipal staff: Promotion of a municipal official

Since the deliberations took place in camera, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

In public session:

03. Information and correspondence

Mayor Smit-Thijs informs the Councillors that the termination of a municipal employee and the promotion of a municipal official were both approved in closed session.

Mayor Smit-Thijs also announces that:

- in the Centres pour Personnes Âgées, three members of the board of directors resigned from the board at the end of 2022, and two stood for re-election. On 22 May 2023, the Municipal Council appointed three new members for five years, namely Marc Koppes, Fernand Fischer and Roswitha Dehmél. In the first meeting of the board of directors, Marc Koppes was confirmed as Chairman and Annie Pletgen-Schneider as Vice Chair.
- The statistics for the Berti call bus service for January 2024 are available. 1,150 people used this service – around a third more than in January 2023, knowing that there are now two buses running.
- the certificate for 2023 has been received from SICA. This shows how the municipal administration handled waste separation.
- the SuperDrecksKëscht figures for the municipality of Bertrange have also been received. These show, for example, that over 2,300 kg of waste oil and around 14,400 kg of leftover paint were disposed of.

- the Flex system statistics for 2023 have been received. 1,830 reservations were made by around 500 different users. These vehicles are used on average for 4 hours per reservation and have covered 67,500 kilometres.

The population on the day of the meeting amounts to 8,885.

The cash balance stands at € 20 million.

04. Contracts and notarial deeds

A. Contract concerning the provision of locations for installing charging infrastructure for electric and hybrid vehicles: Approval

Mayor Smit-Thijs explains that this agenda item concerns the provision of locations for additional charging stations. The project was presented to the Municipal Council at the working session on 16 January 2024. There are currently 700 Chargy charging stations throughout the country. Because no more charging stations can be obtained from this provider at present, SWIO (part of the Losch Group) was chosen after a market analysis. The possible locations have been clarified with Creos. The municipality will provide the locations (i.e. parking spaces) and the power connections, while SWIO will handle the installation, operation and management of the charging stations. The contract has a term of nine years, and SWIO will pay the municipality 100 euros per parking space per year. At five locations, two so-called Duo charging stations will be installed, which means a total of 28 new charging points will be available at nine locations.

Councillor Miller asks whether the SWIO system is compatible with other systems, such as Chargy. Because the users will pay for the charging themselves, he also asks how the prices compare to the competition.

Mayor Smit-Thijs responds that the system is compatible. Time will tell whether the residents will accept the prices. For the provider, it is of course important to offer good value for money, so that the system is used. Otherwise it will defeat the object.

Councillor Weirich asks where exactly the parking space is located in rue de Dippach.

Alderman De Smet says that it is not in rue de Dippach, but in rue des Platanes.

Councillor Schares would like to know whether SWIO will pay the municipality a flat fee of 100 euros per year or whether it is 100 euros per parking space per year.

Mayor Smit-Thijs responds that it is 100 euros per parking space per year.

Alderman De Smet returns to what Councillor Miller said. The operation of the Chargy charging station will be put out to tender in due course. This means that it would not be in SWIO's interest to set the fees too high and make them uncompetitive compared to other providers. There is also a possibility of penalising long-term parkers if they block the parking space after charging their vehicle. This is to prevent these parking spaces from being unavailable to others for days at a time.

This item of the agenda is unanimously adopted.



B. Tenancy agreements concluded under the Law on affordable housing: Approval

Mayor Smit-Thijs explains that this concerns five tenancy agreements for affordable housing. A new law on affordable housing came into force on 7 August 2023. Everything has now been regulated and laid down in law, which will lead to some changes. For example, the tenancy agreements no longer have a time limit. The responsible ministry also provides the municipalities with a calculation model that determines who is eligible for such housing and how much rent must be paid. Another change is that the rent is no longer calculated per square meter. Child benefit is taken into account when setting rents but not when assessing the eligibility for such housing. The law also clearly states that children aged 12 or older must have their own room, which means that the family should be accommodated in a larger apartment nearby, if possible. The existing list and the current tenants have been reviewed again with the social welfare office to find suitable tenants for each apartment. Due to the new law, existing tenancy agreements must also be revised, and rents recalculated. It can be reassessed each year whether rents need to be adjusted and whether tenants still qualify for the rented accommodation. Tenants who cannot afford an apartment on the open market could be offered a nice one at an affordable price by the municipality.

Councillor Miller thanks Mayor Smit-Thijs for the explanations. The new law has led to many changes. It is astonishing how different the individual rents are. These vast differences exist despite the fact that every resident in the country over the age of 25 is entitled to REVIS (social inclusion income). The documents also show that a single mother has to pay more rent than a single person. He also wonders what will be done if the household grows during the year, e.g. if a couple has a child. Would these tenants have to notify the municipality? If parents are now living with a child in an apartment with only one bedroom and the child turns 12, this family will have to move out under the new law. However, looking for a new apartment always involves a lot of effort. He also noticed that it is now stated more clearly that social workers can inspect rented apartments more often.

Mayor Smit-Thijs clarifies that this concerns affordable housing for people who struggle to pay normal rents. She agrees with Councillor Miller that the new law will lead to a lot of changes.

Alderman De Smet wants to clarify that the new law is clearer and has more precise guidelines than before. The differences in the rent calculations are based on the data obtained from the tenants. To avoid mistakes, it has also been double-checked with the responsible ministry that the calculations are accurate, since they are new. The law also stipulates that tenants must report any changes in their household to the municipality within one month. The same also applies for changes in income. On this basis, either the rent is recalculated or another apartment has to be found for the tenants. It does not necessarily have to be in the municipality, but it must be within a certain radius. This applies in particular if children are affected as well, so that they can continue going to the same school. The tenants' workplace is also taken into account when looking for a new home. The stricter regulatory framework will make the municipality's work easier.

Councillor Schares expresses her surprise that the new tenancy agreements no longer have time limits and that the square metre price no longer plays a role. Open-ended tenancy agreements would limit the number of people who can be supported. This was easier before the new law came into force when there was still a time limit. She also wonders whether the new calculation system has led to significant price differences, i.e. whether rents have become much higher or lower. Appraisals of the current situation have been made or are in the process of being made. Will the visits that are now possible under

the new law be carried out by the social welfare office, or is the municipality responsible for this task? There are five tenancy agreements. Is that all of them, or do any more still need to be adapted?

Mayor Smit-Thijs replies that other agreements still need to be adapted and that it is also necessary to check whether the existing apartments are correctly allocated under the new law. Not all of the tenants are in contact with the social welfare office, as they are not all social welfare cases. Regarding the open-ended tenancy agreements, she would like to add that the new Pacte logement 2.0 will create more affordable housing and prevent tenants from having to change their apartments too often, as long as they meet the criteria.

Alderman De Smet mentions that there is one specific case where, based on the new calculation, the rent for the affordable housing is higher than the person currently pays for their apartment. He also wants to point out that tenants who no longer meet the criteria have 12 months to look for a new apartment.

Councillor Schuster thanks them for the explanations. The changes are a challenge for everyone who is affected in any way. There will also be some further adjustments, not to mention RENLA, the new national register of affordable housing. However, she assumes that people will get used to the new system. She would like to know how many apartments the municipality is currently renting out.

Mayor Smit-Thijs states that there are ten apartments.

This item is unanimously adopted.

C. Deed of transfer of the State of Luxembourg – rue de Luxembourg: Approval

Mayor Smit-Thijs states that this agenda item concerns two parcels of land in rue de Luxembourg which the municipality of Bertrange has purchased from the State of Luxembourg. The parcels have a size of 5.77 ares and 4.75 ares respectively and are mostly located in a green zone. The price is just under 32,000 euros.

This item of the agenda is unanimously adopted.

D. Additions to the service contracts – FLEX: Approval

Mayor Smit-Thijs points out that this concerns additions to the existing agreements. Specifically, it is about the parking spaces that have been made available to FLEX. The original contracts were signed on 29 September 2020 and 28 January 2022 respectively, for a total of three parking spaces and three cars in the village centre and in Helfent. The third parking space and car in the village centre were only added last year and are governed by a different contract. The prices for the existing cars will be uniformly adjusted to 765.20 euros, regardless of whether combustion engine or electric car. This price will apply from 1 April 2024.

The Municipal Council unanimously adopts this item.



05. Town planning

A. Selective amendment of the "Pourpelt" special development plan: Approval

Alderman De Smet states that this item concerns a selective amendment to the "Pourpelt" special development plan. It concerns lots 64 and 65, on which apartment buildings are being constructed. It is only a minor change; the eaves will be raised by 1 meter because shops are to be located on the ground floor, which makes perfect sense in a new neighbourhood. The College of Aldermen has approved this change and the project was posted on the notice board. No complaints have been received from the citizens, and the responsible ministry has also approved the change. Everything will remain the same except for raising the eaves.

This item of the agenda is unanimously adopted.



B. Merging of two parcels into one lot, rue Alphonse München: Approval

Alderman De Smet explains that this point concerns two parcels of land located in Bertrange, in rue Alphonse München. These are to be merged into 1 lot for later development.



The Municipal Council unanimously adopts this item.

06. Projects

A. Redesign of rue de Leudelange: Approval of statement of costs

Mayor Smit-Thijs explains that this item concerns the statement of costs for the redesign of rue de Leudelange. The total amount is 3,422,250.03 euros and is below the allocated budget.

This item is unanimously adopted.

07. Regulations

A. Amendment of the regulation determining the conditions for participating in adult courses and the enrolment fees

Mayor Smit-Thijs points out that the Municipal Council already voted on the new fees for adult courses on 2 February 2024. This now concerns minor changes in the text relating to enrolment. For example, participants are only accepted onto a course upon receiving confirmation and a payment request from the municipality. As before, the fee must be paid prior to starting the course. In addition, the text now clearly states that enrolment is person-specific and non-transferable. If the course is cancelled once, the participants are not entitled to a refund. They are only entitled to a refund if the course is cancelled for the entire semester. Furthermore, no refund can be claimed if the participants themselves decide not to attend the course. These changes are aimed at making the text clearer.

Councillor Weirich is surprised, as he specifically asked at the meeting on 2 February 2024 about how course cancellations will be handled. He was given good and plausible explanations. It was also mentioned that cancelled courses can be made up for at a later date. However, the present text rules out this possibility, as it clearly states that cancelled courses will not be made up for. He therefore suggests amending the text to reflect the possibility of making up for missed courses if possible. Refunds will only be provided if the entire course is cancelled. How is the cancellation of several courses handled?

Mayor Smit-Thijs responds that they would try to find a replacement or alternative solution that everyone is happy with. She also wishes to point out that cancelled courses would be made up for where possible, even if this is not stated in the text. She agrees with Councillor Weirich and says that they will implement the proposed text amendment with the approval of the Municipal Council.

Councillor Miller asks how enrolment on language courses will be handled if someone enrolls on a course for which they do not meet the requirements. Would the fee be refunded in this case?

Mayor Smit-Thijs replies that, as far as she knows, this has never happened before. However, she assumes that in this event the fee paid would be refunded.

Councillor Schuster agrees with the statements of the other opposition parties.

This item is unanimously adopted.

B. Regulation concerning the granting of subsidies within the framework of the charter for the sustainable development of associations

Mayor Smit-Thijs states that the aim of this regulation is to involve the associations and thereby make events more sustainable. The municipality signed Climate Pact 2 on 22 April 2021, after having already signed Climate Pact 1 in 2013. Together with the associations and the Climate Pact Committee, the municipal administration has created an energy, climate and environment charter, which also forms part of this regulation. This is also linked to three grants that the associations can receive and which are taken into account for the ordinary grants as well. Associations that sign the charter are entitled to 250 euros; those awarded the "Green Event" label are entitled to 500 euros, and those awarded the "Mir engagéieren eis" label to 250 euros. In addition, the charter covers everything that associations can consider. She hopes that many of them will follow this path.

Councillor Weirich welcomes the fact that the text was sent to the associations for review again before being finalised. One association suggested an addition, which also found its way into the final regulation. He likes the content of the charter, even though a number of the principles are self-evident. He suggests translating the Luxembourgish text into additional languages to cater to every association.

Alderman De Smet responds that the charter will be translated into French and English. In addition, a practical guide will be added to the document. It should be a dynamic document that can be changed and adapted as necessary. The associations can find all important addresses, labels, etc. in it. The associations are set to sign this charter at the town hall on 24 April 2024. The practical guide and the website will also be ready by then. The aim is to support the associations that are making an effort to obtain one of the intended labels, since being awarded the "Green Event" label in particular is extremely challenging.

Councillor Rauchs supports both the charter and the fact that the associations will receive financial support. They just need to ensure that the practical guide is and remains a dynamic document. The associations could also be given the opportunity to submit a list of activities related to the charter to the municipality once a year. An additional evaluation system could be introduced here in the long term.

Mayor Smit-Thijs notes that they will not just set something up today and then forget about it tomorrow. They will continue working on this document.

Alderman De Smet states that they also intend to take stock with the associations after one year to determine what has worked well and not so well. They are relying on the cooperation of the associations in this regard. Perhaps they could send out a questionnaire as part of the grants.

Councillor Miller indicates that his party also welcomes this charter. However, he would like to point out that obtaining a label like "Green Event" is extremely challenging and has much stricter criteria than the charter. The municipality must give the associations some leeway here and provide the right materials. Otherwise it will be virtually impossible for an association to obtain this label.

Alderman De Smet responds that they are aware of this, and that the municipality is also responsible for providing the right materials.

Councillor Schuster notes that the cooperation in the Climate Pact Committee has worked very well. It is important to note that the charter is not

compulsory but, rather, is intended to encourage the associations to be more informed. It is important to regularly raise awareness among the members of the associations. The charter is a dynamic document that should continue to be adapted as necessary. She notes that waste separation, especially at larger events, is a recurring issue and will be better addressed in the future. She also welcomes the additional financial support for the associations.

Mayor Smit-Thijs responds that they want to make it easier for the associations to get started with this charter.

Councillor Schares adds that the associations must be given time to implement it. The labels mentioned cannot be obtained overnight. The change also entails costs. She, too, therefore welcomes the municipality's intention to provide additional financial support to the associations working towards these labels. The present charter only ever mentions the associations, but she assumes that everything also applies to the municipality's events as well.

Mayor Smit-Thijs states that, of course, it also applies to the municipality.

Alderman De Smet explains that they are very clearly following the same path for municipal events. However, the existing reserves need to be used up first.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

C. Regulation concerning participation of the citizens of the Municipality of Bertrange in the participatory budget

Mayor Smit-Thijs points out that this is a new participatory budget initiative aimed at actively involving citizens in municipal decision-making processes. To this end, a portion of the municipal budget is to be allocated to the citizens of Bertrange. It will enable them to develop projects, vote on them, and implement the selected project. The amount is set at 100,000 euros for two years. The developed projects must be carried out within the boundaries of the municipality. There are several stages: projects must be submitted first, then a feasibility analysis will be conducted, followed by a vote. The project will then be carried out and, finally, there will be an evaluation of the entire project. Any resident of the municipality of Bertrange over the age of 14 can take part, whether as individuals, groups or local associations. A responsible person must be designated for each submitted project. Elected representatives of the parties (i.e. the Municipal Council) and employees of the municipal administration are not entitled to participate. The College of Aldermen proposes to the Municipal Council that this list be expanded to include political parties. Projects can be submitted online using the form developed for this purpose. The types of possible projects and the criteria have also been defined. If similar projects with the same objective are submitted, efforts will be made to merge them. A review committee will assess the projects that meet the criteria. For rejected projects, explanations will be provided for why they were not considered. Voting will take place via the designated online platform, with each person only being allowed to cast one vote. The project with the most votes will be carried out. If there is any money left over, it will be allocated to the next selected project. They are currently in the discovery phase and need to wait and see what comes out of this initiative. The review committee consists of officials from the municipal administration and at least one member of the College of Aldermen. No one who can submit a project can be a member of this committee. However, the committee can also consult experts. The retained projects will be put to the vote in the Municipal Council. The aim is to keep the citizens informed at every stage, as it is important to keep them constantly involved. However, it is also necessary to explain the progress and justify why a project was rejected. This makes politics more interesting for the citizens. She is pleased that, in this way, they can provide

citizens with the opportunity to actively participate. She is also looking forward to the submitted projects.

Councillor Schuster states that she too welcomes this initiative. Every citizen, whether young or old, lives in a different neighbourhood and has different needs and ideas. She therefore thinks it is good that everyone can contribute. Citizens are given the opportunity to put these suggestions directly to the vote. This approach also helps to raise more awareness among citizens and involve them in shaping the village.

Councillor Miller adds that he can only agree with Councillor Schuster. Citizens can now participate and have a say themselves. In Vienna, this type of co-determination has already existed for quite some time and is appreciated there. However, he still has a question about the review committee. This is made up of officials from the municipal administration and a member of the College of Aldermen. Could this not be expanded, especially since municipal officials are under the authority of the College of Aldermen? Could additional members from civil society not be appointed? This way, they would broaden the range of opinions in the vote and could better justify why a project was rejected. The additional members could also come from local associations or political parties. He also wants to know when this initiative is planned to start, as there is no allocation for it in the 2024 budget.

Mayor Smit-Thijs responds that the vote in the Municipal Council marks the starting point. The further planning and implementation of this initiative will then commence. The citizens will need time to consider and submit their projects. Things are therefore expected to get underway in 2025.

Alderman De Smet adds that functioning platforms already exist in the country, such as in the municipalities of Dudelange and Roeser. These show how it would work here in the municipality. Every submitted project will be made public, and it will also be explained why the project cannot be carried out. All retained projects will be presented to the Municipal Council in a working session. Any citizen who has registered on the platform can participate in the vote.

Councillor Schares notes that her party echoes the positive feedback and has already included citizen participation in the electoral programme. If citizens are given the opportunity to submit their ideas and projects, they will also realise that not everything can be done immediately, and that such initiatives take time and certain procedures have to be followed. This can contribute to a better understanding of politics overall. She supports Councillor Miller's idea to expand the review committee, whether with members from civil society or members of the Municipal Council, namely the opposition. She also wonders how the citizens will be informed. While there is an online platform, not everyone has access to the internet or knows how to use it. The text also states that citizens who have submitted a project can be invited onto the review committee as experts. She wonders if this might even be essential, so that they can present their project and continue to be involved in its development.

Mayor Smit-Thijs explains that the information about the retained projects will not just be available online – there are also other options. She can only speculate, but she strongly believes that they will be flooded with projects. For projects where it is clear from the outset that they are not feasible, she sees no point in inviting the initiators to the committee. Since it is not yet possible to estimate the amount of work involved, this formulation would leave all options open.

Alderman De Smet adds that the present regulation is based on a French text. The text has been adapted several times based on the experiences of French

municipalities that work with this regulation. In the initial phase, the present text is more straightforward to implement but can be adapted as necessary at any time. Regarding the committee, the discussion potential increases exponentially the more members it has. Due to the voting process, citizens are involved in the decisions.

Mayor Smit-Thijs adds that decisions about these projects are certainly not made by the College of Aldermen alone. If a project is not retained, the reasons for the decision will be publicly explained. This initiative will take shape over time and, as previously mentioned, be adapted as necessary.

Councillor Weirich notes that such an initiative can only stimulate democracy. He would like to emphasise the importance of fostering dialogue with citizens who have submitted a project. Only then can it be determined whether a project is feasible or not. However, he also wants to stress out something else. He believes that a little more courage, a little more consistency and a little more liberalism could be shown. In the present text, the term "Vivre-ensemble" has been used very intentionally, with a very specific definition in mind. Not only the residents of the municipality need to be involved but also the people who work within the boundaries of the municipality, regardless of where they live. This had also been an issue in the composition of the commission bearing the same name. An outside view can never do any harm. He therefore suggests that the people who work within the municipality's boundaries should also be included.

Mayor Smit-Thijs agrees with Councillor Weirich in principle, but then there will be an issue with the voting, which is restricted solely to people who live in the municipality. The idea itself is not bad, but it would give rise to other problems.

Councillor Weirich acknowledges that this presents a difficulty for which a solution will need to be found.

Mayor Smit-Thijs responds that the primary aim is to get the residents of the municipality more involved.

Councillor Demuyser raises the point that this project involves the money of Bertrange's residents. It is therefore obvious to him that the ideas must come from the residents of the municipality.

Councillor Lang points out that this refers to the previous Integration Committee mentioned by Councillor Weirich. It is important to plan and act with foresight, but the citizens of the municipality must remain the priority. Under the law, people who do not live in the municipality can be integrated into the Committee. However, he too thinks that the focus of this project should be on the residents of Bertrange and their daily lives.

Alderman De Smet adds that while businesses could be given the opportunity to submit projects, Bertrange's citizens should be the ones allowed to vote on them. He sees this as a viable compromise.

Councillor Rauchs believes it is risky to afford businesses so much dominance here. Perhaps it would after all be better to open participation only to non-resident employees.

Mayor Smit-Thijs responds that the number of participants is expected to be high and it will be difficult to check whether everyone works here. She sees the proposal to allow local businesses to submit projects as an opportunity to involve non-resident employees.



Alderman De Smet emphasises the need to first become familiar with the platform and how it works. The first meeting to discuss the design of the platform is being held soon and will provide an opportunity to address these questions as well.

Councillor Schares states that the project could be started as planned and changes could still be made at a later time.

Mayor Smit-Thijs concludes by saying that the project will be started as it is and adapted as necessary.

Councillor Schuster points out that non-resident employees may have very different interests than the residents of the municipality. If they were to be involved later on, it would have to be ensured that the submitted projects do not just benefit a very specific target group. This could exclude some projects from the outset.

This item is unanimously adopted.

D. Adjustment of the fee regulation for waste disposal services

Mayor Smit-Thijs explains that this point was already discussed and voted on during the Municipal Council meeting on 2 February 2024. The regulation was sent to the responsible ministry for approval, and a comment on one of the sentences was received. It was found to violate Article 1202 of the Civil Code. She proposes that the Municipal Council deletes this sentence.

This item is unanimously adopted.

E. Amendment of the regulation concerning the granting of a municipal subsidy for vehicles

Mayor Smit-Thijs explains that they only intend to make a minor amendment here. To qualify for this grant, individuals must not only live in the municipality but also have been a Bertrange citizen at the time of the purchase. This criterion is necessary to ensure that individuals have not already received a grant from another municipality.

This item is unanimously adopted.

F. Adjustment of the internal regulation of the SEA

Mayor Smit-Thijs explains that this concerns an amendment to the SEA's internal regulation, which is being made in response to an urgent request. Much of what should be a given in society is no longer so, and this can lead to problems. There are certainly other issues to address, but the focus here is on ensuring the proper functioning of a care facility, for which this change is essential. Thus, the text has been expanded to include the requirement that children in the care facility must behave respectfully towards others. Some children already exhibit behavioural issues at a young age. At the same time, the infrastructures and provided materials should also be used respectfully. These amendments are necessary so that appropriate action can be taken if necessary. There is now a possibility of temporarily or permanently expelling children from the care facility. This is a serious decision that should only be implemented if absolutely necessary in extreme situations. However, parents and children need to realise that there will be consequences for inappropriate behaviour. It is also needed for protecting the other children and the care staff. In addition, children should not bring their own toys or sweets into the care facility. If personal items are brought in nevertheless and get damaged, then the parents or the child are responsible, not the SEA. Smoking has now also been banned inside the SEA building or on its premises.

Councillor Schares is dismayed that such measures are necessary. It is unfortunate that it has come to this. These changes are only being made because these problems already exist and children are not behaving as they should. Some of what was considered a given years ago is now partially non-existent. She wonders what the cause might be. Could full-day childcare be to blame? Certainly to some degree, but several factors need to be considered here. If the relevant staff can be offered a means of tackling issues, then the text should and must be amended accordingly. She expresses sympathy for the staff who are exposed to these situations. Do they have the possibility of undergoing training to prepare for such situations? What is the problem like in school? Does the smoking ban apply to parents and educators, or to the children?

Mayor Smit-Thijs responds that similar problems exist in school. The smoking ban applies universally to everyone on the SEA premises. She agrees with Councillor Schares that it is sad that they have to go to such lengths and include this in the internal regulation. However, it does not mean that they will stop talking to the parents about it – they will still do so. However, there is a feeling that without consequences, people will not come to an understanding. Every child must be protected, but this applies to all children as well as the staff of the care facility.

Councillor Damjanovic states that she agrees with most of this, but she has an issue with the idea of expelling children from the care facility. She knows that the behaviour of some children is problematic, but she thinks this consequence is too drastic. Children with behavioural problems have deep underlying needs, and it is important to address these and provide support. Maybe it would help to provide additional training for staff or to work with the parents' forum that is now located in Bertrange or to consult external experts. She wonders if consequences could also be introduced for parents who do not want to get involved. Many parents are also overwhelmed. The consequences of expulsion can be highly traumatic for the affected children.

Mayor Smit-Thijs explains that expulsion is a very last resort after all other measures have failed.

Alderman De Smet adds that the aim is to offer a means of dealing with difficult cases, one which everyone is aware of, as parents must sign the internal regulation. Before resorting to such extreme measures, numerous discussions would have already taken place.

Councillor Schuster asks about the communication between staff and parents. Are the affected parents referred to other support services where they can receive additional advice or assistance? This is important, as many parents may not know where to turn for help.

Mayor Smit-Thijs says that efforts are always made to engage in dialogue. The educators are informed about the possibilities and are also in contact with various support services. Communication also takes place between the SEA and the school, as it often concerns similar issues. It is mainly about seeking solutions through dialogue, as there may be consequences otherwise. This is in the interests of all parties involved.

Councillor Schuster notes that such behaviour can also be observed in sports clubs. Children have difficulty concentrating or listening and sometimes disrupt others during training. The same also applies in all other areas, be it school, extracurricular care or at home. Children with behavioural issues seek help and attention.

Mayor Smit-Thijs adds that it is especially important for children to have an outlet through sports, with LASEP playing a significant role in this regard.



The importance of a balanced and appropriate diet should not be underestimated either. The aim is to provide an opportunity to start a discussion in the right direction, including by working together with the school.

Councillor Weirich acknowledges the valuable input and states that he can only agree with it. It is both an individual and a social problem, which makes it all the more complex. He says that an article appeared in the press, in which educators sounded the alarm and called for help. This shows that the problem does not just exist in Bertrange. The regulation (i.e. the text) is patient. Simply amending the text will not change the behaviour. However, as mentioned earlier, it provides a means to take action. The abbreviation SEA also includes the word education, which sets high standards for educators. Education is a complex issue, in which role models also play a part. Furthermore, he does not know how the SEA is organised internally, e.g. whether there is a psychologist on site. As the Municipal Council, they could create the context to help children with behavioural issues and give educators the means to take action if there is an absolute resistance to counselling.

Mayor Smit-Thijs explains that the concept of the Bertrange SEA has been praised by the ministry, and educators from other establishments are looking at it as a model to replicate. The role of educator is multifaceted, but education must primarily begin at home, not just in care facilities. This is difficult when children are in care facilities from morning until evening. She says they are trying their best to address these issues and find solutions.

Councillor Damjanovic cannot let this statement by Mayor Smit-Thijs go unchallenged. She wants to advocate for all working parents. It is not necessarily about the amount but, rather, the quality of time that parents spend with their children. Rules are important; the fact that they no longer exist is a societal problem. She feels sorry for the children who, through their disruptive behaviour, are increasingly marginalised in society.

Mayor Smit-Thijs agrees that the quality of the time that parents spend with their children is important and adds that, in Bertrange, they strive to provide the best possible care for all children.

This item is unanimously adopted.

08. The Centres pour Personnes Âgées of the Municipality of Bertrange

A. Approval of the administrative accounts for 2022

Mayor Smit-Thijs explains that this concerns the approval of the administrative accounts of the Centres pour Personnes Âgées of the municipality of Bertrange for the year 2022.

This item of the agenda is unanimously adopted.

09. Municipal staff

A. Creation of a position for a municipal official

Mayor Smit-Thijs explains that they want to expand the technical service of the municipality by creating an additional position at career level B1.

This item is unanimously adopted.

10. Traffic

A. Confirmation of emergency traffic regulations

Councillor Demuyser explains that this concerns a temporary traffic regulation in rue de la Pétrusse, effective from 15 March to 5 April 2024.

This item is unanimously adopted.

Councillor Demuyser explains that this concerns a temporary traffic regulation in rue de Leudelange, effective from 15 to 29 March 2024.

This item is unanimously adopted.

Councillor Demuyser explains that this concerns a temporary traffic regulation in rue de Mamer, effective from 11 March to 11 October 2024.

This item is unanimously adopted.

Councillor Demuyser explains that this concerns a temporary traffic regulation in rue des Romains, effective from 27 February to 31 May 2024.

This item is unanimously adopted.

11. Miscellaneous

A. Acknowledgement of the statutes of local associations

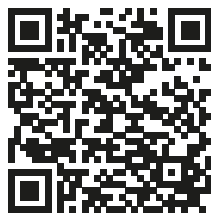
Mayor Smit-Thijs states that this item concerns the acknowledgement of the statutes of two local associations. One of these is "Coopération Luxembourg Algérie", which primarily pursues the purpose of promoting Algerian culture and facilitating the integration of Algerian immigrants. The other is "Sequenda", which had already been based in the municipality and is now returning. The latter provides high-level training for singers, particularly in operetta and opera singing.

The Municipal Council unanimously acknowledges the statutes of both associations.

End of the meeting: 11:00 noon



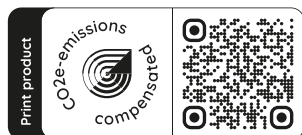
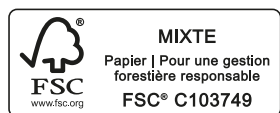




C o m m u n e d e B E R T R A N G E

2, beim Schloss · L-8058 Bertrange
Tél.: 26 312 - 1 · info@bertrange.lu

www.bertrange.lu



natureOffice.com/LU-319-NZ8EUS4

Imprimé par Imprimerie Centrale